

# Berliner Mietendeckel: Mietenbremse oder Trostpflaster?

*Lucien Jaros, Neue Internationale 141, Oktober 2019*

Egal

ob Mietpreisbremse, Milieuschutz, Wohnraumversorgungsgesetz: Die Mieten in der

Hauptstadt sind in den letzten Jahren explodiert. Dass die Idee eines Mietendeckels konkrete Formen annimmt, ist ohne Zweifel erstmal ein Erfolg. Es ist nicht Ausdruck einer sozialen Politik der Regierungsparteien (SPD, Linke, Grüne), sondern des Druckes der MieteInnenbewegung und Projekte wie des Volksbegehrens zur Vergesellschaftung der größten Wohnkonzerne in Berlin (Deutsche

Wohnen & Co. Enteignen) auf diese Parteien.

## **Immobilienwirtschaft, Grüne und SPD**

Während

die Wohnkonzerne jeden Deckel ablehnen, sieht die Politik der Grünen zum Mietendeckel folgendermaßen aus: Innerhalb der Partei und der Regierungskoalition wird gegen einen richtigen Mietendeckel gearbeitet und werden wichtige Elemente systematisch demontiert. Nach außen wird die Idee verteidigt, um sich selbst einen sozialen Anstrich zu geben. Die Wunschvorstellung von Katrin Schmidberger (Grüne) ist ein „atmender Deckel von

unten“. Das heißt, dass günstige Mieten auf Obergrenzen erhöht, aber teure nicht auf diese gesenkt werden können. Einem Mietenstopp wird eine Absage erteilt, mit dem Argument der Ausgewogenheit zwischen Interessen der Allgemeinheit und der Masse der Mieterinnen auf der einen und dem Eingriff ins

Eigentumsrecht auf der anderen Seite.

Das

Rechtsgutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Abgeordnetenhauses wie das

von Joachim Wieland sehen für den Gesetzgeber in Berlin einen weitgehenden Gestaltungsrahmen in Mietsachen vor (Art. 28 der Verfassung). Die Versorgung der Berliner Bevölkerung mit günstigem Wohnraum ist demnach notwendig. Ein Schutz der Rendite ist nirgendwo festgeschrieben. Eine Ausgewogenheit ist daher nicht zwingend. Das Argument ist daher selbst nach bürgerlichem Recht nicht haltbar.

Der

rechte Flügel der Berliner SPD. ist nicht nur politisch bestens mit der Immobilienlobby vernetzt (Kreisel-, Garski-, Antes-Affäre), sondern es existieren auch personelle Überschneidungen.

*„Schon vor Beschluss des Eckpunkteapiers zum Mietendeckel im Senat im Juni übte sich die Senatskanzlei unter deren Chef Christian Gaebler (SPD) in Störmanövern. Und inzwischen scheint das Vorhaben in der Öffentlichkeit ein Projekt von Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (LINKE) zu sein. Obwohl sie anfangs deutliche Skepsis zeigte.“* (NEUES DEUTSCHLAND [ND], 31.8./1.9.2019)

Dabei

kam der Vorschlag für einen landesweiten Mietendeckel ursprünglich aus der SPD

wohl auch, um der Volksentscheidsinitiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ (DWE) den Wind aus den Segeln zu nehmen.

# Der ursprüngliche Entwurf

Der

ursprüngliche Entwurf Lompschers sah in der Tat einen richtigen Mietendeckel vor, wie einst mit der SPD unter dem Namen „Mietenstopp“ vereinbart (Eckpunkte für ein Berliner Mietengesetz, 18.

Juni 2019). Er wurde in einem internen Papier der Stadtentwicklungsverwaltung konkretisiert.

Im

Entwurf von Lompscher waren Obergrenzen zwischen 6,03 Euro/m<sup>2</sup> (Altbau) und 7,97

Euro/m<sup>2</sup> (Baujahr 1991-2013) festgelegt. Die Preise beziehen sich auf die Nettokaltmieten. Für Modernisierungen, die in den letzten 8 Jahren vor Inkrafttreten des Mietendeckels (18.6.2019) erfolgten, sollen definierte

Zuschläge pro m<sup>2</sup> ohne Genehmigungsverfahren verlangt werden

dürfen, wenn die Mietoberwerte um nicht mehr als 20 % überschritten

werden. Kündigungen wegen Eigenbedarfs müssen durch die Bezirksämter genehmigt

werden. Ferner sollen die Mieten für 5 Jahre eingefroren werden (Mietstopp),

und bei Wiedervermietung darf die Miete nicht steigen. Außerdem können

MieterInnen die Absenkung einer überhöhten Miete beantragen. Wie der

Mieterverein nahm die Stadtentwicklungsverwaltung den Berliner Mietspiegel von

2011 als Grundlage. Die etwas höheren Mietobergrenzen des Mietervereins

errechnen sich durch die allgemeine Teuerung, während die Verwaltung sich an

der geringer ausgefallenen Einkommensentwicklung orientierte. Der

Mieterverein konzidiert zusätzlich während der 5 Jahre eine

Mieterhöhungsmöglichkeit von 1,5 % jährlich. Zweifel werden in der Koalition

an der Absenkung aller Bestandsmieten geäußert. (ND, 26.8.2019)

Von einer

drastischen Reform konnte aber auch im Entwurf vom 18. Juni keine Rede sein.

Kalkulatorisch

beträgt die kostendeckende Miete, also die Kosten für Betriebskosten (inkl Grundsteuer), Instandhaltung, Verwaltung, Zinsen für Kapitaldarlehen usw. für abgeschriebene Altbauwohnungen in München im Jahr 2018 3,52 Euro/m<sup>2</sup> (Andrej Holm, Claus Schreer: Mietpreis-Explosion und Wohnungsnotstand - Ursachen und Alternativen, isw-Report Nr 116/117, Mai 2018, S. 16). Dieser Betrag ist in Berlin wahrscheinlich niedriger. Das heißt, dass die Wohnkonzerne mehr als das Doppelte einnehmen, was benötigt wird, um die Bausubstanz zu bewahren und zu verwalten. Gewinne, Renditeauschüttungen gäbe es immer noch. Die

wären einfach nur etwas reduziert. Und das ist auch gut so: Denn diese Gelder werden normalerweise verwendet, um neue Gebäude zu bauen in hochpreisigen Segmenten oder Eigentumswohnungen, die sich die Masse der Menschen nicht leisten kann, jedoch sich in steigenden Vergleichsmieten und Mieterhöhungen bemerkbar machen. Das Kapital wird auch investiert, um durch energetische Sanierungen und anteilige Umlage der Investitionskosten Mieterhöhungen voranzutreiben. Auch wenn es absolut notwendig ist, die Miete auf eine kostendeckende zu begrenzen und den gesamten Neubau öffentlich und sozialgebunden zu gestalten, beschränkt der ursprüngliche Entwurf die Mietpreisspirale zumindest. Darum muss die MieterInnenbewegung ihn auch als Teilreform unterstützen.

Leider

muss man hinzufügen, dass die Wohnungsgenossenschaften, ursprünglich z. T. Organisationen von ArbeiterInnen, sich so weitgehend von ihren Wurzeln entfernt haben, dass einige von ihnen hier dieselbe Position einnehmen wie bösennotierte und internationale Wohnkonzerne inkl. Argumenten und Ausgaben für eine Anti-Mietendeckel-Kampagne auf Kosten der Genossenschaftsmitglieder. Das zeigt

nebenbei zusätzlich, dass, auch wenn soziale und genossenschaftliche Betriebe im Kapitalismus gegen profitorientierte verteidigt werden müssen, diese sich dem marktwirtschaftlichen Umfeld allmählich anpassen und wie „normale“ profitorientierte agieren, wenn sie nicht in eine sozialistische Planwirtschaft integriert werden. Also anstatt den Kapitalismus langfristig „Stück für Stück“

von innen für die ArbeiterInnenklasse abzuschaffen oder zu reformieren, werden diese absobiert und stinknormale Geschäfte wie andere auch, Teil der Marktwirtschaft.

## **Aktueller Stand des Gesetzentwurfs**

Auf

Druck der Koalitionspartnerinnen wurde der ursprüngliche Entwurf weitgehend verändert. Kern des aktuellen Entwurfs zum Berliner MietenWoG ist eine Tabelle mit Obergrenzen, die sich von Baujahr und Ausstattungsmerkmalen ableiten und zwischen 5,95 und 9,80 Euro/m<sup>2</sup> für vor 2014 bezugsfertige Häuser liegen (3,92 Euro/m<sup>2</sup> für vor 1918 gebaute Wohnungen).

Eine

jährliche Steigerung von 1,3 %

ist vorgesehen sowie eine anhand von Preis-Lohnentwicklung, ferner ein

Aufschlag von 1 bzw 1,4 Euro/m<sup>2</sup> bei notwendiger energetischer

Sanierung in den vergangenen 15 Jahren. Bis 1 Euro/m<sup>2</sup> sind nicht

genehmigungspflichtig. Über die Notwendigkeit entscheiden Bezirksämter oder die

Investitionsbank. Mieten dürfen über die Obergrenzen hinaus erhöht werden, wenn

die wirtschaftliche Lage der/s VermieterIn eine unbillige Härte verursacht. Was

das ist, entscheidet das Bezirksamt oder die Investitionsbank. Mieten dürfen

nur herabgesetzt werden, wenn die Mietbelastung 30 % des

Haushaltsnettoeinkommens übersteigt (Grundlage ist der maximal pro Person nach

Sozialgesetzbuch zustehende Raum, für größere Wohnungen gilt das also nicht in

Gänze! Für 2 Personen sind z. B. nicht mehr als 65 m<sup>2</sup>

vorgesehen; ND 24.9.2019). Mieten oberhalb der Obergrenzen können in

bezuschusst werden (Wohngeld). Ursprünglich sollten sämtliche Mieten über der

Obergrenze auf Antrag abgesenkt werden können. Das gilt jetzt nur für Wiedervermietung und o. a. Fälle.

Die

Obergrenzen umfassen zudem nur Neuvermietungen in vor 2014 bezugsfertigen Häusern. Der Neubau ist ebenso ausgenommen wie der soziale Wohnungsbau. Für

Häuser mit maximal 2 Wohnungen sind 10 % Zuschlag gestattet. Basis der Tabellen ist jetzt der Mietspiegel von 2013, als die Mieten schon deutlich anzogen. Für die nächsten 5 Jahre eingefroren werden nur die Mieten, die über den Obergrenzen liegen. Ein genereller Mietstopp ist also passé. Wie die Grünen spricht jetzt auch Lompscher von einem „atmenden“ Deckel: Einerseits wird die Mietentabelle jährlich entsprechend o. a. Index angepasst, andererseits dürfen Mieten bis zur Obergrenze erhöht werden. (ND, 31.8./1.9.2019, 4.9.2019)



Energetische Sanierung

Erstens

übersteigt die Mietobergrenze inklusive des Aufschlags für Sanierungen in manchen Sektoren die aktuelle Miete. Zweitens wird die Praxis fortgesetzt, durch Sanierungen Mieten zu erhöhen und Erhöhungen auch nach der Amortisierung

aufrechtzuerhalten. Drittens sind die Bezirksämter personell nicht dafür ausgestattet, solche Aufgaben wahrzunehmen. Viertens ist es politisch fragwürdig, die Entscheidung an Gremien zu delegieren, die nicht direkt durch die MieterInnen kontrolliert werden und nicht in ihrem Interesse handeln

-gerade in Zeiten von Filz zwischen UnternehmerInnen, bürgerlichen PolitikerInnen und Staatsbürokratie. Man darf auch kein Vertrauen in Banken haben, da sie von Mietpreissteigerungen in Folge energetischer Sanierungen profitieren. Daher muss diese

Regelung gestrichen bzw. durch eine ersetzt werden, wo der Aufschlag nach Ablauf der Amortisierung wegfällt. Zudem müssen der Sanierung gewählte Komitees

der MieterInnen zustimmen. Die Geschäftsbücher müssen offengelegt und durch sie kontrolliert werden können.

●  
Obergrenzen (die keine sind) und Mietzuschuss

Die Obergrenzen reichen völlig, aus Kosten des Vermieters zu decken. Wohnungen, die älter als 50 Jahre sind bzw. bereits vor diesem Alter degressiv abgeschrieben sind, dürfen max. 3,50 Euro/m<sup>2</sup> nettokalt kosten. Die Möglichkeit, Mieten über die Obergrenze hinaus zu erhöhen, stellt eine weitere zentrale Schwachstelle des gesamten Entwurfs dar. Jede Wirtschaftsfachkraft kann die Bilanzen einer Firma so kalkulieren, dass eine unbillige Härte entsteht. Es würde ausreichen, wenn Häuser gekauft werden, um diese zu erzeugen. Dieser Mechanismus bevorteilt gerade größere Konzerne, die in diesen Dingen sehr geübt sind. Auch die Zuständigkeit von Bezirksamt und Investitionsbank ist kritisch. Eine Obergrenze ohne Ausnahmen ist notwendig. Dann fällt die Notwendigkeit der staatlichen Zuschussung für private Konzerne (Wohngeld) zu einem Gutteil weg.

●  
Bedürftigkeit, Herabsetzung der Mieten

Im ursprünglichen Entwurf waren alle Personen berechtigt, die Mieten oberhalb der Obergrenzen zu senken. Das wären schätzungsweise 80 % der Berliner MieterInnen. Nach dem aktuellen Entwurf sinkt der Personenkreis auf 20 %. Die Nettokaltmietenschwelle von 30% des Haushaltseinkommens entspricht der „Selbstverpflichtung“ des Immobilienkonzerns Deutsche Wohnen (DW) sowie der

seit 2016 gültigen Praxis in den landeseigenen Wohnungsgesellschaften und ist kein Fortschritt, da die Nettokaltmieten in den letzten Jahren langsamer anstiegen und einen immer geringeren Anteil an den Gesamtkosten ausmachen. Die höher werdenden Kosten sind die Betriebskosten und Modernisierungen. Große Konzerne verdienen Extramillionen durch Insourcing, also das Ausstellen überhöhter Rechnungen an eigene Firmen und die Umlage dieser Kosten auf die MieterInnen. Des Weiteren ist es ein erheblicher bürokratischer Aufwand, die Einkommensverhältnisse von Millionen von Menschen zu prüfen. Durch diese Regelung wird die aktuelle Mietpraxis, also Vermietung an die Person mit dem höchsten Einkommen und Verdrängung einkommenschwacher Personen, verstärkt. Ein Herabsetzung der Miete ohne Ausnahme ist notwendig. Nur eine Einschränkung auf den weit größeren Personenkreis mit Wohnberechtigungsschein oder die Orientierung an den Warmkosten wären eine gangbare Option.

●  
besonderer Schutz für schutzbedürftige Personen

Im aktuellen Entwurf fehlt eine Klausel, dass Obdachlosigkeit durch Verlust des Wohnraums in Folge von Mietpreissteigerung ausgeschlossen wird. Eine Pflicht, einen Teil der Wohnungen für besondere Schutzgruppen (Obdachlose, Geflüchtete, sexuell Unterdrückte und Jugendliche) bereitzustellen und leicht zugänglich zu machen, fehlt ebenso, ist aber dringend notwendig.

## Fazit

Der ursprüngliche Entwurf ist besser geeignet, die Interessen der Millionen



MieterInnen zu vertreten. Erstens weil die ausnahmsfreie Begrenzung bzw. Senkung der Mieten eine Entlastung für Millionen MieterInnen und das Land Berlin bedeuten. Mit den Kosten für Unterkunft und Heizung (gemäß ALG II) und Wohngeld wird durch Steuergelder, also Abgaben der Lohnabhängigen, der private Wohnungsmarkt subventioniert. Eine niedrige Miete entlastet den Berliner Haushalt und macht Kapital frei für einen öffentlichen und sozial-gebundenen Neubau und für die Kosten einer Vergesellschaftung. Zweitens ist die nachhaltigere Vergesellschaftung ein mittelfristiges Projekt und in einer Situation, wo viele BerlinerInnen zwischen 40 und 55 % ihres Einkommens für die Miete ausgeben, ist ein echter Mietendeckel eine korrekte Sofortmaßnahme und neben der Vergesellschaftung und öffentlichem sozialem Wohnungsbau eine der notwendigen Grundmaßnahmen im Mietwesen. Drittens schafft die Vergesellschaftung der größten Wohnmultis günstigen Wohnraum für ca. 300.000 Menschen, aber nicht für alle, die ihn brauchen. Für alle anderen muss auch ein finanzierbarer Wohnraum geschaffen werden – ohne Ausnahmen und Einschränkungen. Viertens senkt der ursprüngliche Mietendeckel vorab die Rendite der Wohnkonzerne, was sich im Falle der Vergesellschaftung nach Art. §15 GG Satz 1 in sinkenden Aktienkursen und einer niedrigeren Entschädigungshöhe nach Satz 2 bzw. Art. §14 Abs. 3 & 4 GG bemerkbar machen kann.

Daher muss für die Verteidigung des ursprünglichen Entwurfs Stellung bezogen werden und die Linkspartei gegenüber ihren Koalitionspartnerinnen, der Opposition, den Immobilienkonzernen und Medien hier verteidigt werden. Gleichzeitig muss man sie dafür kritisieren, dass sie bei der ersten Verhandlung (30.8.2019) im Koalitionsausschuss dem Druck nachgegeben hat. Bei Bekanntgabe des überarbeiteten Entwurfs stiegen die Aktienkurse der Wohnkonzerne.

Ein

erster Schritt wäre die Mobilisierung zur Mietendemo „Richtig deckeln, dann enteignen - Rote Karte für SpekulantInnen“ und die Unterstützung des DWE-Blocks

am 3.10., um an diesem historischen Tag der nationalen Frage die Eigentumsfrage

entgegenzustellen und auch darüberhinaus sich für Vergesellschaftung, Gemeineigentum und Kontrolle durch MieterInnen einzusetzen.

Die

MieterInnenbewegung, darunter das DWE-Bündnis, ist gut beraten, sich nicht auf Grundgesetz, Volksentscheid, Senat, Parlament und Parteien einschließlich DIE LINKE zu verlassen. Dies betrifft sowohl die Frage der entschädigungslosen Enteignung der großen Wohnkonzerne wie auch die der Kontrolle über einen wirksamen Mietendeckel. Die MieterInnenbewegung muss sich in eine Bewegung für

ArbeiterInnenkontrolle über das gesamte Wohnungswesen transformieren und diese

mittels politischen Streiks durchzusetzen helfen.

---

# **Deutsche Wohnen und Co. enteignen! Entschädigungslos!**

*Aufruf der Gruppe ArbeiterInnenmacht zur Berliner Demonstration „Richtig deckeln, dann enteignen“ am 3. Oktober, Infomail 1069, 26. September 2019*

77.000 Unterschriften sprechen eine deutliche Sprache. Die BerlinerInnen wollen wirksame Maßnahmen gegen wuchernde Mietpreise,

Wohnungsspekulation, Verdrängung, Räumungen.

Immobilienlobby und Wohnungsbaukonzerne wie Deutsche Wohnen oder Vonovia laufen Sturm. Die bürgerlichen und rechten Oppositionsparteien im Berliner Abgeordnetenhaus - CDU, FDP und AfD - springen ihnen beherzt bei. Schließlich stehen sie für Neoliberalismus, Abzocke und die Interessen von Reichen und Kapital stramm. Wenn nur von Mietpreisbremse gesprochen wird, wittern sie schon Sozialismus. Steht die Enteignung milliardenschwerer Immobilienkonzerne im Raum, droht anscheinend der Untergang des Abendlandes.

Die „Freiheit“ sei in Gefahr, so das gemeinsame Gezeter - und sie offenbaren damit nur, dass für sie die eigentliche Freiheit nicht mehr ist als die des Privateigentums, der Bereicherung.

## **Wohnungsnot und Klassenfrage**

In einem haben sie dabei Recht. Eine an den Bedürfnissen und Interessen der großen Masse der MieterInnen, also der Lohnabhängigen - ob alt, ob jung, ob tariflich oder prekär beschäftigt, ob Mann oder Frau, deutsche/r StaatsbürgerIn oder nicht - orientierte Mietenpolitik ist mit den Interessen der Immobilienwirtschaft und besonders der großen Wohnungskonzerne unvereinbar.

Ihr Geschäftsmodell basiert geradezu auf ständig steigenden Gewinnerwartungen -  
also höheren Mieten und schlechterem Service für die MieterInnen.

Der öffentliche Erfolg des Volksbegehrens besteht gerade darin, dass es eine Forderung populär gemacht hat, die noch vor wenigen Jahren allen bürgerlichen PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und Medien als politisches No-Go, als Spinnerei alt-kommunistischer Kader oder euphorischer Jugendlicher erschien.

Der Wind hat sich offenkundig gedreht – nicht, weil die Forderung plötzlich so peppig „vermarktet“ oder besser „vermittelt“ wurde. Vielmehr hat das Kapital selbst dafür gesorgt, dass immer mehr Menschen die Enteignung als realistisches, vielleicht sogar als einziges realistisches Mittel erscheint, der Profitmacherei ein Ende zu setzen.

## **Und der Senat?**

Der „linke“ Senat spielt in dieser Situation vor allem auf Zeit. Anders als die Wohnungslobby und die bürgerliche Opposition geben sich die Senatsparteien als „Verbündete“ oder zumindest „gesprächsbereit“.

SPD und Linkspartei tun so, als hätte es unter dem früheren rot-roten Senat keine Massenprivatisierungen gegeben, oder umschiffen das Thema zumindest. In der SPD gebärden sich die Jusos links, während Innensenator Geisel vom rechten SPD-Flügel die „Prüfung“ der Unterschriften und der „Rechtmäßigkeit“ des Volksbegehrens seit Wochen, ja Monaten verschleppt. Die SPD hatte, nachdem sich die sog. „Mietpreisbremse“ als unwirksam erwies, den „Mietpreisdeckel“ ins Spiel gebracht – sicher auch als Beruhigungsspiel und Alternative zur Enteignungsforderung.

Dabei ist klar, dass ein Deckel das Problem allenfalls nur lindern kann – jetzt gehen ihr selbst die Vorschläge der Linkspartei unter Wohnungssenatorin Lompscher zu weit.

Die Grünen – ansonsten gern „voran“ – mogeln sich seit Monaten auch um eine klare Position herum.

Klar an der Haltung der drei Senatsparteien ist nur soviel:

Die gemeinsame Regierung wollen sie fortsetzen. Die Unterstützung der Bewegung und deren „offenes Ohr“ hätten sie gern, mit der Immobilienwirtschaft und, ganz allgemein, den InvestorInnen wollen sie aber auch keine allzu harte Konfrontation.

Dass das Kapital mit dieser Politik auch nicht zufrieden ist, dass ihm schon die kleinsten „Reformvorhaben“ schnell zu weit gehen, ist nur zu verständlich. Schließlich könnte das Mut zu mehr machen – in Berlin und in der gesamten Bundesrepublik.

Uns hilft die kompromisslerische Politik des Senats, die sich mit dem Wohnungskapital nicht anlegen will, jedoch auch nicht weiter. Wir brauchen keine weiteren Beruhigungspillen oder halbherzige Reformversprechen. Wir brauchen wirksame Maßnahmen gegen Mietpreissteigerungen, Wohnungsnot, Verdrängung.

## **Enteignung ja, Entschädigung nein!**

Wir unterstützen die Forderung nach einem wirksamen Mietpreisdeckel. Schon jetzt wird er durchlöchert, der Senat weicht zurück, statt gegen die Immobilienlobby vorzugehen. Damit er überhaupt dauerhaft von Nutzen sein kann, kommt es nicht nur auf seine Höhe an – es geht auch darum, wer ihn kontrolliert. Die Senatsverwaltung oder MieterInnenkomitees und Gewerkschaften der in Wohnungsbau, Instandhaltung und Verwaltung Tätigen?

Außerdem erfordert Kontrolle auch die Offenlegung aller Geschäftsbücher, Bilanzen, Konten, Transaktionen, Verträge oder Planungsvorhaben der Immobilienkonzerne. Deren „Geschäftsgeheimnis“ erweist sich in der Praxis als Geheimniskrämerei gegenüber den MieterInnen und der

Öffentlichkeit.

Diese Maßnahmen würden zugleich die Frage zuspitzen, wer eigentlich über den Wohnungsbau, Mietpreise, Bauvorhaben, Planung, ... entscheidet - die EigentümerInnen und der Staat (die Stadt Berlin) oder die MieterInnen und VertreterInnen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften?

Damit jene, die in den Wohnungen wohnen, solche Entscheidungen treffen können, muss die Immobilienwirtschaft wie der gesamte Wohnungsbausektor enteignet werden - und zwar entschädigungslos. Die Forderung nach Entschädigung - ob nun „rechtskonform“ oder nicht - erschwert letztlich diesen Kampf. Warum sollen schließlich milliardenschwere Konzerne auch noch dafür entschädigt werden, dass sie sich auf unsere Kosten bereichert haben? Sollen die SteuerzahlerInnen dafür aufkommen, dass sie in einer anderen Stadt oder einer anderen Branche munter weitermachen?

Ob eine entschädigungslose Enteignung durchgesetzt werden kann, ist wie jede grundlegende Maßnahme gegen Mietenwucher und Wohnungsnot letztlich eine Machtfrage. Sie genügt sich auch nicht selbst, sondern muss verbunden werden mit einem Wohnungsbauprogramm unter Kontrolle der MieterInnen und Gewerkschaften - finanziert aus den Vermögen der Immobilienbranche und durch Besteuerung des Kapitals. Als Sofortmaßnahme sollte auch leerstehender Wohnraum der Reichen beschlagnahmt und Menschen mit geringen Einkommen oder Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden.

Eine solche, grundlegend andere Wohnungspolitik könnte auch sicherstellen, dass MigrantInnen und Geflüchtete, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung, prekär Beschäftigte, Erwerbslose und generell Menschen mit

geringen Einkommen nicht weiter offen oder verdeckt diskriminiert und ausgegrenzt werden.

Somit muss Wohnungspolitik zu einer Klassenpolitik werden, die „Wohnungsfrage“ im Interesse aller Lohnabhängigen, aller ausgebeuteten und unterdrückten Schichten der Bevölkerung gelöst werden. So kann nicht nur verhindert werden, dass sie zur weiteren Verdrängung führt, sondern auch die rassistische Spaltung der Gesellschaft, die am Wohnungsmarkt ständig reproduziert wird, bekämpft werden.

## **Wie weiter mit dem Volksbegehren?**

Die aktuelle Hinhaltepolitik beim Mietendeckel, das Verzögern des Volksentscheides durch den Innensenator verdeutlichen auch, dass sich das Volksbegehren darauf einstellen muss, dass es in den nächsten Monaten auf vielfältige rechtliche und andere Hürden treffen wird. Selbst im Falle eines klaren Mehrheitsentscheids der Bevölkerung wäre es noch nicht rechtsverbindlich.

Es braucht daher eine Strategie der Mobilisierung, die den Kampf um die Enteignung in die Wohnviertel trägt, in die Gewerkschaften und Betriebe, um MieterInnenkomitees zu gründen, die auch andere Kampfmittel und Taktiken verfolgen können - so z. B. massenhaften und organisierten Mietboykott, politische Streiks, um Druck für Enteignung (oder auch einen wirksamen Mietdeckel) zu machen. Und es bedarf auch der bundesweiten Vernetzung und Koordinierung mit anderen MieterInneninitiativen und -verbänden.

# Richtig deckeln, dann enteignen.

Demonstration des Bündnisses gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn/[Deutsche Wohnen & Co enteignen](#)

Berlin, 3. Oktober, 13.00, Berliner Congress Center (gegenüber von Alexa)

---

## Brasilien: Tage des Feuers

*Markus Lehner, Neue Internationale 240, September 2019*

Seit Beginn der Trockenzeit in der Amazonasregion ist dieses Jahr dort ein wahres Inferno an Waldbränden ausgebrochen. Allein im August handelt es sich jede Woche um Tausende. Diese sind zwar sehr unterschiedlich in der Größe, summieren sich aber zu einem Katastrophenzustand, von dem inzwischen die vier brasilianischen Bundesstaaten Rondônia, Pará, Mato Grosso und Amazonas betroffen sind. Aufnahmen von Satelliten zeigen, dass pro Minute Regenwald in der Größe von etwa 1,5 Fußballfeldern abbrennt.

## Verbrecherische Politik

Die Mitschuld der verbrecherischen Bolsonaro-Regierung an diesem ökologischen Desaster mit globalen Auswirkungen ist unbestreitbar. Agro-Business und extraktive Industrien (wie der Bergbaukonzern Vale) haben für



ihre globalen Geschäfte ein starkes Interesse an der rücksichtslosen Ausbeutung der Amazonasregion. Durch die Vorgängerregierungen und internationalen Druck war das enorme Entwaldungstempo seit 2004 von jährlich über 20.000 Quadratkilometer auf unter 10.000 zurückgegangen. Offensichtlich ist es die „Entwicklungsstrategie“ der Bolsonaro-Regierung, im Interesse ihrer wesentlichsten GeldgeberInnen diese „Zurückhaltung“ wieder vollständig aufzugeben. Die „Umweltbedenken“ wurden als Behinderung der wirtschaftlichen Interessen Brasiliens verunglimpft, internationale Kritik als „Neokolonialismus“ abgetan und jede nur erdenkliche Hetze gegen UmweltaktivistInnen, Landlosenbewegung und indigene AmazonasbewohnerInnen vom Zaun gebrochen.

Gleich zu Beginn der Präsidentschaft von Bolsonaro wurden IBAMA (Brasilianisches Institut für Umwelt und erneuerbare natürliche Ressourcen; Umweltbundesamt Brasiliens) „gesäubert“, 21 der 27 Regionaldirektoren abgesetzt und ihre Mittel drastisch gekürzt. Mit Tereza Cristina, der Landwirtschaftsministerin, bekam eine direkte Lobbyistin des Agrobusiness die Verantwortung für die Amazonasregion übertragen. Der „Umweltminister“ Ricardo Salles erklärte, dass es die oberste Pflicht seines Ministeriums ist, die „Rechte der LandbesitzerInnen zu schützen“. Daher werden nicht nur die Aktionen gegen illegale Landbesetzungen jetzt rechtzeitig angekündigt, es gibt auch die niedrigsten Strafen für illegale Brandrodungen seit Jahrzehnten. Die 980 Millionen Dollar, die die EU für die Wiederaufforstung im Amazonas zur Verfügung gestellt hat, werden von Salles zur „Entschädigung“ von Agrounternehmen verwendet (die die jetzt freigegebenen Gebiete sich zumeist illegal angeeignet hatten). Schließlich brachte Flávio Bolsonaro, der Sohn des Präsidenten, der selbst Senator ist, ein Gesetz ein, das die Verpflichtung zum Schutz bestimmter Pflanzenarten, die LandbesitzerInnen bisher einhalten mussten, lockert.

Was auch immer die Regierung bisher an Maßnahmen gesetzt hat: klar ist, dass sich LandbesitzerInnen, Konzerne und ihr gesellschaftliches Umfeld in der Amazonasregion durch Bolsonaro ermutigt fühlten, alle Schranken

fallen zu lassen. Seit dem Amtsantritt von Bolsonaro im Januar wurden bis Juni 79.000 neue Brände gezählt, ein Anstieg um 82 % gegenüber dem Vorjahr. Die kriminelle Energie der LandeigentümerInnen wird am Beispiel des Überfalls auf das indigene Volk der Wajapi im Bundesstaat Amapá deutlich: Am 24. Juni drangen

Bewaffnete eines Bergbaukonzerns für Rodungsarbeiten in das als „geschützt“ ausgezeichnete Gebiet ein, vertrieben die EinwohnerInnen und töteten dabei mehrere Menschen, darunter deren Sprecher Emyra: ein Mord, der unter den Indigenen-AktivistInnen großes Entsetzen verbreitete. Dies ist Ausdruck des Charakters der Bolsonaro-Bewegung: von GroßgrundbesitzerInnen unterstützt, gibt

es in den ländlichen Regionen Mittelschichten und HandlangerInnen, die sich rassistisch aufgeladen mit mörderischer Energie auf die Hindernisse für das „echte Brasilianertum“ stürzen: Indigene, landlose LandarbeiterInnen und KleinbäuerInnen (meist durch die MST vertreten), UmweltaktivistInnen und Linke:

eine mit Bolsonaro verbundene Bewegung, die durchaus Ähnlichkeiten mit den italienischen FaschistInnen der 1920er Jahre im Klassenkampf um die Latifundien der Po-Ebene hat. Daher sind die Waldbrände nicht nur ein ökologisches Desaster, sie sind auch Teil einer gewalttätigen Bewegung gegen alle, die Interesse an einem nachhaltigen Umgang mit dem Regenwald haben. So stellt es auch die Erklärung der MST (die von Bolsonaro als „Terrororganisation“ bezeichnet

wird) zu den jüngsten Bränden fest: Die Abschaffung der bisherigen (schwachen) Schutzbestimmungen im Amazonasgebiet ist das eine, aber „zur selben Zeit wächst

die Verfolgung und Kriminalisierung der Teile der Bevölkerung, die traditionellerweise die Biome Brasiliens erhalten: die einfache Landbevölkerung und die Indigenen“ (Queimar a Amazonia e crime contra humanidade, MST, 23.8.).

[Biom: Großlebensraum der Erde; Makro-Ökosystem]

So ist es auch kein Wunder, dass kürzlich bekannt wurde, dass über einen Whatsapp-Verteiler der bolsonaristischen LandeigentümerInnen für den 10. August zu einem „Tag des Feuers“ aufgerufen wurde entlang der Bundesstraße 163, die die jetzt besonders betroffenen Regionen Mato Grosso und

Pará (beim Rio Tapajós) verbindet. Nachdem diese Whatsappgruppe von 70 LandeignerInnen durch die Zeitschrift Globorural geleakt worden war, konnte das lächerliche Ablenkungsmanöver von Bolsonaro, dem zufolge die Umweltorganisationen die Brände selber legen würden, um ihm zu schaden, nicht mehr aufrechterhalten werden. Inzwischen muss selbst der Bolsonaro zutiefst ergebene Justizminister Moro gegen die tatsächlichen BrandstifterInnen ermitteln lassen (Globorural, Grupo usou whatsapp para convocar „dia do fogo“ no Para; 25.8.).

## Entwicklung der letzten Jahre

Natürlich sind Waldbrände am Rand des Amazonasgebiets und in der angrenzenden Savannenlandschaft (Cerrado) speziell in der Trockenzeit nichts Ungewöhnliches, haben sich jedoch durch bestimmte Umstände in den letzten Jahren periodisch verstärkt. Zu beachten ist, dass normalerweise selbst in der „Trockenzeit“ im Amazonasgebiet durchschnittlich mehr Regen fällt als in unseren Breiten in den regenreichsten Monaten. Das Gebiet lebt einerseits vom Abregnen der feuchten Luftmassen der äquatorialen Nord-/Südostpassatwinde, die sich in der zweiten Jahreshälfte entsprechend abschwächen. Andererseits erzeugt der Regenwald selbst ein Mikroklima, das auch in der Trockenzeit noch für ausreichend Regen sorgt. In den Millionen-Jahren, in denen sich der Regenwald gebildet hat, haben speziell die Regenwaldbäume aufgrund der nährstoffarmen Böden die Fähigkeit zu enormem Wasserumsatz entwickelt. Zur Aufnahme von Kohlendioxid und Abgabe von Wärme über Wasserdampf haben sie ein Kreislauf-, Wurzel- und Porensystem entwickelt, das sie pro Tag 1000 Liter aus Bodenwasser umsetzen und in die Atmosphäre abgeben lässt (die Bäume unserer Breitengrade schaffen durchschnittlich um die 400 Liter). Dies senkt die Temperatur im Waldgebiet (durch die über das Wasser dem Boden entnommene Wärmeenergie), bewässert große Gebiete und sorgt durch die Sonnenabstrahlung der großen Wolkenbänke (Albedo-Effekt) für einen zusätzlichen Klimaschutz.

Die schon bisher betriebene Abholzung hat messbare

langfristige Auswirkungen auf das regionale und globale Klima. Seit 1970 wurden 800.000 Quadratkilometer (von ursprünglich 4 Millionen) abgeholzt, mit einem gemessenen Effekt von 0,6 Grad Erwärmung im Amazonasbecken. Die abgeholzten Gebiete sind noch mal im Durchschnitt um 4,3 Grad wärmer, was bei landwirtschaftlicher Nutzung wiederum gesteigert wird (ohne die Wirkungsweise der Waldflora kann nur ein Bruchteil des Regenwassers im Boden gehalten werden, der Großteil fließt ab). Die nährstoffarmen so gewonnenen Böden sind nach 4-5 Jahren zumeist unbrauchbar. Viele werden aufgegeben und versteppen (was den Hunger nach immer neuen Abholzungen erklärt). Diese immer größeren Schneisen des Cerrado in den Regenwald untergraben das Mikroklima in immer mehr Bereichen des Waldes - und ab einer bestimmten Gesamttemperatur (beim heutigen Tempo wird die Erwärmung bis 2050 seit 1970 um 1,5 Grad gestiegen sein) funktioniert die „Wasserpumpe“ Baum in diesen Bereichen nicht mehr. Dann werden selbst Regenwaldbäume zu leichter Beute von Funkenflügen und Wind. Nach unterschiedlichen Modellen wird daher inzwischen von bestimmten „Kipppunkten“ des Waldsterbens im Amazonasbecken gesprochen. Seit langem wird davon gesprochen, dass mit 40 % Verlust (relativ zur Größe 1970) ein Punkt erreicht wäre, wo die Selbstregeneration und der Mikroklimaschutz zusammenbrechen und der Wald als Ganzes bedroht ist (also der Region die Versteppung drohen könnte). Inzwischen werden Modelle mit 20-25 % diskutiert, die schon nahe an den heute erreichten 17 % Waldvernichtung sind (<https://advances.sciencemag.org/content/4/2/eaat2340>).

Die Auswirkungen der Erreichung dieses Kipppunktes wären nicht nur für das regionale Klima, und damit für die natürlichen Grundlagen der Landwirtschaft in Südamerika, verheerend. Das Amazonasbecken enthält 40 % des Weltbestandes an Regenwäldern und 10-15 % der globalen Biodiversität. Vor allem aber ist der Regenwald auch eine riesige Kohlenstoffsенke: In der Biomasse der Regenwälder steckt so viel Kohlenstoff, wie die Menschheit derzeit in 10 Jahren verbrennt. In „normalen“ Jahren (ohne extreme Dürreereignisse)

nimmt

der Amazonasregenwald etwa 1,5 Milliarden Tonnen Kohlendioxid aus der Atmosphäre auf und wirkt damit der Erderwärmung durch Treibhausgase entgegen.

In den letzten Dürre Jahren mit großen Brandereignissen, die seit den 2000er-Jahren im 5-Jahresrhythmus stattfanden (das letzte war 2015), kehrte sich dies um. Dann bewirkt die Verbrennung der Kohlenstoffreservoirs des Waldes, dass in so einem Jahr mehr Treibhausgase entstehen, als zur selben Zeit von China und den USA zusammen hervorgebracht werden. Dabei sind diese Dürreereignisse selbst ein Produkt des Klimawandels. Es lässt sich ein Zusammenhang mit den El-Ninjo-Phänomenen nachweisen (die Erwärmung im Ostpazifik führt zu einer Umkehr der Konvektionsströme über Südamerika, was zu

einer Abschwächung der für den Regenwald lebenswichtigen Passatwinde führt). Entscheidend ist derzeit aber, dass in diesem Jahr dieses Wetterphänomen noch nicht sein Maximum erreicht hat – dieses ist erst im nächsten Jahr wahrscheinlich (die Auswirkungen können wir uns heute noch gar nicht vorstellen!). Gerade dies zeigt deutlich, wie sehr menschengemacht das derzeitige Ausmaß der Brandkatastrophe ist. Sollten die Vorhersagen für die nächsten beiden Jahre stimmen und die brasilianische Politik sich nicht grundlegend ändern, so wären die Auswirkungen auf den Regenwald und das Weltklima beängstigend!

## Reaktionen

Sehr zum Unmut von Bolsonaro ließ sich die Katastrophe in Amazonien vor der Weltpresse und globalen Umweltverbänden nicht verbergen – auch die Entlassung des Direktors der Satellitenüberwachung half nichts mehr, nachdem die NASA diesem „Nestbeschmutzer“ auch noch in allen Punkten recht gegeben hatte. Bolsonaros Politik steht jetzt weltweit am Pranger – und dies ist angesichts der großen Exportpläne speziell des Agrobusiness keine gute Publicity.

Hatte man sich doch gerade durch das Mercosur/EU-Abkommen riesige Geschäfte mit

Fleisch und Tierfutter nach den zu erwartenden Zolllenkungen versprochen. Sicherlich hat besonders der französische Präsident sein Herz für den Amazonas speziell auch aufgrund der Bedenken seiner heimischen Agrarlobby entdeckt. Klar

ist jedoch, dass jetzt auch die brasilianische Agroindustrie „Maßnahmen“ fordert und erkennt, dass Bolsonaro ihrem Geschäft gerade schadet. In vielen Punkten muss jetzt zurückgerudert werden. Der Einsatz der brasilianischen Armee

zur Brandbekämpfung muss jedoch auch als Element des inneren Klassenkampfes verstanden werden.

Die Armee wirkt dort nicht nur als erweiterte Feuerwehr, sondern als Unterstützung im Kampf gegen die dortigen „TerroristInnen“ (UmweltschützerInnen, Indigene, Landlose,...). Ebenso werden die „Hilfsaktionen“

aus Europa und den USA, besonders die zur „Wiederaufforstung“, sicher wieder als „Entschädigung“ zum Verzicht auf weitere Brandrodungen eingesetzt werden. Aus Deutschland und Co. sind diese PR-Aktionen vor allem als Instrumente zu verstehen, das Mercosur-Abkommen in jedem Fall zu retten.

Trotz der großen Bekenntnisse zum Klimaschutz und der Ermahnungen an den „bösen“ Bolsonaro wollen deutsche Industrie und Politik ihr großes Brasiliengeschäft („ein unheimlich interessanter Zukunftsmarkt“ nach einem Anlagefondsmanager, der der deutschen Bank nahesteht) nicht durch „so etwas Nebensächliches“ in Frage stellen lassen. Hatten doch wichtige VertreterInnen der deutschen Konzerne (von Daimler, VW, Bayer bis zur Deutschen

Bank) ihre unverhohlene Unterstützung für Bolsonaro schon vor dessen Wahl zum Ausdruck gebracht. Auch gegenseitige Besuche von WirtschaftsvertreterInnen nach

der Wahl zeigen deutlich, dass man gegenseitig große Geschäfte und Investitionen erwartet. Dazu passt dann auch, dass der SPD-Außenminister bei seinem Besuch in Brasilien vor allem von Bolsonaros Bereitschaft zur Zusammenarbeit gegenüber Venezuela sprach - aber kaum die semi-faschistische Politik dieses Gangsters noch die sich abzeichnende Amazonas-Katastrophe

erwähnte. Da wurde selbst der CSU-Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Müller deutlicher, als er den ökologisch bedenklichen Anstieg von billigem Soja-Futtermehl aus den Amazonas-Brandregionen anprangerte.

## **Ablenkungsmanöver**

Natürlich werden jetzt wieder vor allem „die VerbraucherInnen“ in die Verantwortung genommen, die durch ihren Fleischkonsum und Kauf billiger Agrarimporte die VerursacherInnen des Ganzen seien. Abgesehen wird davon, dass die Preise auf den internationalen Agrarmärkten nur zum Teil von den ErzeugerInnen bestimmt werden, sondern durch eine Kette von MitprofiteurInnen von Lebensmittelkonzernen, Handelsketten bis zu Warenterminbörsen. Verkannt wird auch die globale Dimension der beteiligten Märkte: der Handelskrieg zwischen den USA und China führt gerade jetzt zu einem enormen Anstieg der Nachfrage nach Soja und Fleisch aus Brasilien für China. „Verhaltensänderungen“ einiger tausend MarktteilnehmerInnen aus europäischen Mittelklassefamilien werden angesichts dieser Struktur der globalen Agrar- und Rohstoffmärkte nichts bewirken – schon gar nicht angesichts der Schnelligkeit, mit der auf die dramatische Situation des Regenwaldes reagiert werden muss. Es ist eine billige Masche der eigentlichen VerursacherInnen, die Verantwortung auf „die VerbraucherInnen“ abzuschieben, die dann auch noch durch das Green-Washing von Produkten mittels fragwürdiger Ökolabels zur Kasse gebeten werden.

Tatsächlich ist die Klimakatastrophe wie auch die Gefährdung grundlegender Biotope ein klarer Fall von Marktversagen, von der Unmöglichkeit in diesem System, solche Probleme über „den Markt“ (etwa durch Zertifikatehandel, indirekte Steuern oder Produktbewertungen) zu lösen. Denn der Markt ist nur die Vermittlung der eigentlich problematischen

Kapitalverwertungsinteressen, die - wie auch das brasilianische Beispiel zeigt - die drohende ökologische Katastrophe wesentlich mit hervorbringen. Daher kann dieser Katastrophe nur entgegengewirkt werden, wenn man radikal die Eigentumsfrage stellt. Die genannten Probleme erfordern einen globalen Plan von Wiederaufforstung bis zur systematischen Umstellung auf klimaneutrale Produktion auch im Agrarsektor.

## **Perspektive**

Natürlich ist auch die Durchsetzung eines solchen globalen Planes angesichts des Zeithorizonts der Probleme und der erwiesenen Langsamkeit globaler Klimapolitik keine Soforthilfe. Daher müssen heute die weltweiten Umweltbewegungen im Zusammenkämpfen mit den sozialen Bewegungen vor Ort die jeweiligen Staaten zu radikalen Maßnahmen zwingen. Im Fall von Brasilien heißt dies: Enteignung der Agro- und Bergbaukonzerne, Agrarreform zur Umverteilung des Großgrundbesitzes an die Bevölkerung auf dem Land und Entwicklung eines Planes zur Wiederaufforstung des Regenwaldes sowie zu seiner ökologischen Bewirtschaftung - alles unter Kontrolle der sozialen und ökologischen Bewegungen, vor allem der LandarbeiterInnen und KleinbäuerInnen. Nein zu den aus Massensteuern finanzierten „Geldfonds“ von G7, EU & Co., die nur wieder in die Kassen der GroßgrundbesitzerInnen fließen werden. Stattdessen sollen die imperialistischen Konzerne Steuern aus ihren Gewinnen für die Regenwaldprojekte unter Kontrolle der armen Landbevölkerung zahlen! Nein zu jeder Unterstützung von Bundesregierung und deutschen Konzernen für das Bolsonaro-Regime - es wird keine Rettung des Regenwaldes ohne den Sturz dieses rechts und marktliberalen Regimes geben! Daher: vor allem Unterstützung für die Bewegung zum Sturz von Bolsonaro, die im Kampf gegen dessen sozialen und gesellschaftlichen Amoklauf schon mehrere Generalstreiks durchgeführt hat! Sofortiger Abbruch der



Ratifizierung des Mercosur/EU-Abkommens, das den Interessen der deutschen Konzerne in Brasilien wie auch dem der brasilianischen Agrarkonzerne in die Hände spielt - und nie ein Mittel zur Bewahrung des Amazonasgebietes sein kann (wie uns das die Bundesregierung verkaufen will)!

Alle diese Forderungen müssen von einer ernsthaften Bewegung gegen den Klimawandel, wie es FFF beansprucht zu sein, aufgegriffen werden und anstelle der verfehlten Strategie von Verbraucher-Kritik gestellt werden! Machen wir Amazonastag am 5. September und Klimastreik am 20. September zum Beginn einer globalen Bewegung zur Enteignung des Kapitals, das als Ganzes diesen Planeten zerstört!

---

# **Capitalism kills**

## **Imperialismus, Kapitalismus und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen**

*Redemanuskript Gruppe ArbeiterInnenmacht, Infomail 1064, 11. August 2019*

*Im Folgenden veröffentlichen wir das Redemanuskript für den Workshop „Capitalism Kills“, der beim Klimacamp in Leipzig von den OrganisatorInnen verboten wurde. Zu den Hintergründen siehe: [Klimacamp Leipzig - Ant imperialismus unerwünscht](#)*

# Einleitung

Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit, Klimarettung - allgemein anerkannte Ziele/Fragen - damit z. T. so allgemein, dass sie kaum noch etwas auszusagen scheinen. Für „rasches Handeln“ ist (fast) jede/r, Nachhaltigkeit ist in aller Munde.

Problem sind klar: a) Übernutzung von Ressourcen (z. B. Überfischung, Raubbau an Boden...) und b) Überlastung von Senken (Verschmutzung, Müll, CO<sub>2</sub> = Atmosphäre als Senke).

So tagte das sog. Klimakabinett über über zwei „Modelle“ zur Rettung der Umwelt: CO<sub>2</sub>-Steuer und Zertifikathandel

Außerdem soll der „ökologische Umbau“ der Gesellschaft vorangebracht werden.

Bemerkenswert ist: einerseits scheinbare Geschäftigkeit der Regierungen - bei manchen einfach auch nur Scheintätigkeit zur „Rettung der Umwelt“ - zugleich realer Rückschritt.

Im Folgenden wollen wir uns damit beschäftigen, woran das eigentlich liegt.

Als Hintergrund wollen wir dabei auf die von unserer Gruppe - Gruppe ArbeiterInnenmacht - erstellte Broschüre „Capitalism kills. Imperialismus, Kapitalismus und die Zerstörung von Mensch und Natur“ (<http://arbeiterinnenmacht.de/broschueren/capitalism-kills>) verweisen, auf die sich die folgende Einleitung stützt.

Dabei werde ich auf folgende Punkte eingehen:

- Green Economy und die Probleme der bürgerlichen Umweltstrategie
- Kapitalismus und Umwelt
- Umweltparadoxon
- System des Umweltimperialismus
- Umwelt, Kapitalismus und die zentrale Bedeutung der Eigentumsfrage

## Green Economy

Hierzu auch eine Reihe mehr oder weniger nebulöser Schlagwörter: Green Growth, Green New Deal, ... green ... bis zum Grünen Punkt. In unserer [Broschüre](#) schreiben wir dazu:

*„Sie umschreiben die Vorstellung, dass die Grundlagen unserer Gesellschaft und Ökonomie – die kapitalistische Wirtschaftsordnung – weiter bestehen und ihre negativen Umweltauswirkungen reduziert und/oder schließlich ganz überwunden werden könnten bei gleichzeitiger Beibehaltung des Wachstums, der kapitalistischen Akkumulation. Diese Konzepte sind heute im öffentlichen Umweltdiskurs vorherrschend. Sie werden nur selten hinterfragt, geschweige denn in Frage gestellt, sondern meistens als völlig selbstverständlich vorausgesetzt.“ (Seite 6)*

Zur Lösung des „Umweltproblems“ werden in diesem Diskurs zwei zentrale Mittel angeführt:

a) Technische Umstellung

- damit auch vorherrschende Tendenz, die Umweltfrage als

„Technologiefrage“ zu diskutieren, nicht als gesellschaftliche (was auch das Verhältnis der menschlichen Gesellschaft zur Natur voraussetzen würde)

b) „Vernünftiger Rahmen“, wo Umwelt, „sozialer Ausgleich“, Entwicklungspolitik im Rahmen eines „Sozialpaktes“ miteinander verbunden werden sollen, ...

Abgesehen wird dabei von der systemischen Logik des Kapitalismus wie auch von seiner historischen Genese. Gerade diese müssten jedoch in den Blick genommen werden.

## **Kapitalismus und Umwelt I**

1. Kapitalismus ist historisch auf die Energieproduktion durch fossile Träger angewiesen. Warum? Fabriksystem erfordert eine stabile, stetig laufende Antriebsmaschine für die industrielle Produktion. Daher auch die Bedeutung der Dampfmaschine, später Verbrennungsmotor und Elektrizität (und damit verbundene Energieproduktion)

2. Damit in diesen Komplex ein großer Teil des Kapitalstocks (des konstanten Kapitals) eingebunden: Öl, Energie, Auto, Verkehr, damit große Teile der chemischen Industrie, Bergbau, Transport, Metall- und Elektroindustrie ... (inkl. der Produktion der Produktionsmittel für den Sektor)

D. h. ein großer Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals hängt - zumal in den imperialistischen Staaten - daran.

3. Warenproduktion immer Produktion von Gütern, deren gesellschaftliche Nützlichkeit sich erst im Nachhinein offenbart. Daher immer schon krisenanfällig.

4. Produktion erfolgt für Profit, nicht für Deckung von Bedürfnissen. Dass ein Bedürfnis befriedigt wird mit einem Produkt, ist im Kapitalismus nur Mittel zum eigentlichen Zweck. Drückt sich auch im Verhältnis von Gebrauchswert zu Wert/Tauschwert aus. Das kann im Kapitalismus nicht gelöst werden (allenfalls gemildert durch Druck der Gesellschaft, partielle Reformen).

5. Immanente Krisentendenz, Überakkumulation macht Veränderung noch schwieriger, weil „Umbau“ auch Vernichtung von Kapital erfordert - oder Alimentierung der KapitalistInnen durch die Gesellschaft (Kohlekompromiss). Kapital fließt zur günstigsten Anlagesphäre, nicht zur „sinnvollsten“ (ökologisch, sozial).

6. Im Kapitalismus unmöglich, Akkumulation „ökologisch“ zu beschränken. Warum? Weil das Motiv der Produktion in der Aneignung von Mehrwert besteht, daher Akkumulation um der Akkumulation willen. Diese ist - ihrem Ziel nach - schrankenlos, d. h. sie wird nur durch jeweils historisch bestimmte Schranken des Kapitals beschränkt (die nach einer Krise verschoben werden können). Aber auch dann wird die Anarchie der Produktionsweise nur auf höherer Stufe reproduziert.

7. Imperialismus, Konkurrenz, Kampf um Neuaufteilung der Welt machen Umweltfrage noch prekärer. Die ökologischen Kosten sollen KonkurrentInnen, ArbeiterInnenklasse und „Dritter Welt“ aufgehalst werden. Darin liegt auch Logik von Trumps „Umweltpolitik“ (aber nicht nur von ihm, sondern allen Staaten, die um die Vorherrschaft ringen).

8. Im imperialistischen System bildet außerdem der Nationalstaat ein Hindernis für jede sinnvolle Lösung, da dieser die Interessen des nationalen Kapitals im Blick hat - nicht eine sinnvolle Verteilung ökologischer oder sonstiger Folgekosten des Kapitalismus.

Wie die Broschüre an mehreren Stellen zeigt, sind auch „erneuerbare“ Energien nicht frei von prekären Lösungen. Energieerzeugung aus Biomasse führt z. B. zur Vernichtung von AgrarproduzentInnen, Einseitigkeit, Ersetzung von Land für Ernährung, steigenden Lebensmittelpreisen - zugleich Monopolisierung ...

Auch die „Energiewende“ ist ein Flickwerk, das ähnliche Problem inkludiert - auf Kosten der Masse der Lohnabhängigen, z. B. Kosten für Energie, CO<sub>2</sub>-Steuer = Massensteuer

9. Externalisierung der Umweltkosten - im Kapitalismus immanent.

„Umwelt“ erscheint als Gratisproduktivkraft, weil sie keinen „(Tausch)Wert“ hat, wohl aber Reichtum und Gebrauchswert hervorbringt.

Gilt im Grunde für drei Gruppen von Phänomenen: die Erde (Rohstoffe, Wasser, Luft, „Natur“), private Reproduktion (Familie), allgemeine gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit (Infrastruktur, Wissenschaft, Bildung, ...)

Ähnliches gilt im Kapitalismus auch für andere Phänomene (Wissenschaft, Kooperation, private Hausarbeit).

Längerfristige Folgekosten sind daher nicht eingepreist – aber Preissystem (Zerifikathandel) verschiebt das Problem nur, löst es nicht wegen Anarchie des Marktes, abgeleiteten Operationen (Handel u. Spekulation mit Zertifikaten. Grundsätzlich auf Gesellschaft abgewälzt: auf ArbeiterInnenklasse, v. a. aber auch Länder und Bevölkerung der sog. „Dritten Welt“, also der Halbkolonien.

## **Umweltparadoxon**

Es erscheint dies an der Oberfläche oft verkehrt.

In etlichen imperialistischen Ländern hat sich die Lage z. B. im Bereich des Grundwassers, der Bodenverseuchung, industrieller Abwässer in den letzten Jahrzehnten tatsächlich verbessert.

Sicher selbst nicht Resultat von Einsicht, sondern auch von Bewegungen – Umweltbewegung, ArbeiterInnenbewegung.

„Externalisierung“ – Auslagerung der Umweltzerstörung: ein Phänomen in Halbkolonien.

– Verlagerung bestimmter Produktion und des Ressourcenabbaus (ökologisch schädlicher, energieintensiver, ...).

Damit erscheint auch die Umweltbilanz der imperialistischen Länder „grüner“.

Stofflich betrifft das Rohstoffförderung (Öl, Kohle, Uran, ...), Verlagerung arbeitsintensiver, umweltschädlicher Produktion (Textil, Stahl, Zement, ...), Agrarsektor (Großflächen, ...)

Daher Problem, die „Ökobilanz“ einer kapitalistischen Wirtschaft nur national zu messen.

Externalisierung hat allerdings Grenzen (Kapitalstock noch immer in imp. Ländern konzentriert, eine „echte“ Deindustrialisierung findet nicht statt, vielmehr aus den imperialistischen Ländern gesteuerte internationale Arbeitsteilung - inkl. imperialistischer Monopole und von diesen kontrollierten Produktions- und Verteilungsketten).

Tw. auch rückläufige Tendenzen oder umgekehrte (Fracking; Subvention der extrem produktiven Agrarproduktion in den imperialistischen Ländern).

Grenze auch an den Bedürfnissen der imperialistischen Konkurrenz und Blockbildung (Aufbau konkurrierender Einflussphären).

Daran scheitern natürlich auch multi-laterale Abkommen (Klimaabkommen von Paris).

## **Umweltimperialismus**

Schon oben gezeigt, dass der Marxismus immer auch die ökologische Frage mitdachte - aber Sozialdemokratie und Stalinismus reproduzierten ein Verhältnis zur Natur, das ökologischen Riss nicht mitdachte, Umweltfragen



im Grunde als rein technische betrachtete.

Die Externalisierung von negativen Folgen des Kapitalismus entsteht „naturwüchsig“ im System des Weltmarktes (im Unterschied zur Vorstellung der bürgerlichen Ökonomie).

Kapitalismus eben nicht einfach ein Handels- oder Tauschsystem, sondern eine Produktionsweise, im Kern Produktion und Aneignung von Mehrwert.

Expansion des Weltmarktes und Imperialismus (ab Ende 19. Jh.) verstärken die Ungleichheit, globale, hierarchische Arbeitsteilung und verstetigen sie. „Ausbruch“, Nachholen ... findet seine Grenzen an dieser bestehenden globalen Arbeitsteilung. Kern ist Konzentration und Zentralisation des Kapitals in den imperialistischen Ländern (Monopole, Finanzkapital), die Akkumulation und „Entwicklung in den Halbkolonien - die sehr ungleichzeitige Züge annehmen kann - bestimmen. Nicht nur und v. a. über Handel und Tausch, sondern über Kapitalexport, Finanzmärkte (Schulden, Spekulation, ...) und Währungssystem. Institutionell, staatlich und letztlich militärisch gesichert.

Wie generell im Kapitalismus ist dabei zwischen Wertseite und stofflicher Seite des Verhältnisses zu unterscheiden.

- Halbkolonien auf bestimmte Sektoren, Rohstoffe ... fixiert.

- Imperialistische Kapitale bestimmen letztlich auch die ökonomische Struktur der Halbkolonie.

Diese Fragen werden vom Mainstream der Umweltbewegung (Grüne) ignoriert.

Linkere Strömungen werden dabei oft von Theorien des ungleichen Tausch und der „imperialen Lebensweise“ inspiriert.

Positiv ist dabei, dass das Augenmerk auf die Aneignung von „Umweltraum“ in den Halbkolonien gelegt wird.

Aber problematische Theorien: „Ungleicher ökologischer Tausch“.

Kann als Beschreibung verwendet werden, ökonomisch jedoch äußerst problematisch.

Ein Problem besteht im Versuch, ein gemeinsames Wertmaß für Gebrauchswert und Wert zu finden, also gesellschaftliche Arbeit mit energetischen Größen zu kombinieren.

Problem liegt auch darin, dass das Problem kolonialer oder halb-kolonialer Ausbeutung v. a. auf der Verteilungs-, nicht auf der Produktionsebene gesucht wird.

Das findet sich auch in den Theorien von der „imperialen Lebensweise“ wieder.

Unterschied zwischen Halbkolonie und Imperialismus (arm und reich) wäre größer als zwischen den Klassen - Eigentums-/Produktionsverhältnisse erscheinen hier nur als sekundär.

Hat Tendenz zur klassenübergreifenden Politik, Lösung über Kleinproduktion, Änderung der Konsumweise, ...

(Kein Zufall, dass diese Ideologie Lage des Kleinbürgertums in den Halbkolonien oder der „bewussteren“ MittelschichtskonsumentInnen in den imperialistischen Ländern entspricht.

Wir halten demgegenüber in der [Broschüre](#) Folgendes fest:

*„Um die ökologische Dynamik des Kapitalismus zu verstehen, muss an diesem Verständnis angeknüpft werden und müssen die Material- und Energieflüsse zwischen den imperialistischen und halbkolonialen Nationen als Teil des imperialistischen Gesamtsystems begriffen werden.*

*Dies hat notwendigerweise auch Folgewirkungen auf die Klassenstruktur in den imperialistischen Zentren - nicht nur hinsichtlich der Bereicherung der herrschenden Klasse, der oberen Schichten des KleinbürgerInnentums und der Mittelschichten, sondern auch für die ArbeiterInnenklasse. Ein bedeutender Teil der Lohnabhängigen kann über einen Anteil an der Ausbeutung der ‚Dritten Welt‘ integriert werden, kann über längere Perioden Einkommen erkämpfen, die über den Reproduktionskosten liegen, die eine dem KleinbürgerInnentum ähnliche Lebensweise erlauben, wenn auch oft mit enorm hoher Ausbeutung verbunden (was sich z. B. in der enormen Arbeitsproduktivität und Intensität der Beschäftigten in der Exportindustrie zeigt).*

*Der Kapitalismus kann sich das nur unter drei Bedingungen leisten: (i) eine ständige Expansion der Kapitalakkumulation, (ii) die Extraktion von Extraprofiten aus armen Ländern und (iii) die systematische Externalisierung seiner sozio-ökonomischen Auswirkungen. Die soziale Stabilisierung ‚zu Hause‘ durch die Externalisierung negativer sozialer und ökologischer Folgen des Kapitalismus bildet somit ein zentrales, herrschaftsstabilisierendes Element dieses Systems. In*

*den halbkolonialen Ländern werden dafür Rohstoffe geplündert, Landstriche und Wasserressourcen zerstört, Bevölkerungen entwurzelt und zwangsumgesiedelt, Kleinbäuerinnen und -bauern von ihren Felder vertrieben, Wälder gerodet und geplündert. Das kennzeichnet das System des Umweltimperialismus und erklärt das ‚Umweltparadoxon‘.“*

D. h., es ist nicht zu leugnen, dass es in der ArbeiterInnenklasse – siehe Stellung der ArbeiterInnenaristokratie, materielle und ideologische Bindung an imperialistische Monopole über Extraprofite – tatsächlich auch eine materielle Basis für reaktionäre, bornierte Positionen gibt (ähnlich dem Sozialchauvinismus, Sexismus, ...).

Aber das ändert nichts daran, dass besser gestellte Lohnabhängige selbst noch ausgebeutet sind; dass das nicht auf „die Klasse“ (prekäre Elemente, ...) zutrifft und umgekehrt findet sich eine solche kleinere, aber oft hochkonzentrierte Schicht auch in Halbkolonien (Indien, Südkorea, Brasilien).

## **Kapitalismus und Umwelt II**

Noch einmal zum Verhältnis Mensch-Natur unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Kapitalismus ist gesellschaftliche Produktion mit privater Aneignung – das bildet zugleich einen zentralen Widerspruch der Produktionsweise. Dieser drückt sich auch im Verhältnis zur Natur aus. Arbeit, menschliche Arbeit ist immer zweckbestimmte Umformung von Natur, unter Ausnützung von Naturkräften zur Schaffung von Gebrauchswerten, zur Befriedigung von Bedürfnissen.

Das wird auch in einer klassenlosen Gesellschaft so sein.

So wie sich aber in der kapitalistischen Gesellschaft die gesellschaftlichen Verhältnisse „verkehrt“ darstellen, sich ihre Gesetze hinter dem Rücken der ProduzentInnen durchsetzen, so auch im Verhältnis zur Natur.

Daher die Eigentumsfrage zentral - nicht einfach im Sinne „wem gehört es“, sondern im Sinn des Brechens des Kapitalmonopols als Voraussetzung einer bewussten, planmäßigen Vergesellschaftung.

Ein nachhaltiges Verhältnis von Mensch-Natur, ein Verhältnis, das die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit nachhaltig und dynamisch reproduziert - kann nur auf Basis einer Gesellschaft entstehen, die auch die Produktion, das Verhältnis zwischen verschiedenen Sektoren (z. B. Landwirtschaft und Industrie), zwischen Produktion und Reproduktion ... bewusst und gemäß den Zwecken der Gesellschaft reguliert, plant.

Die materiellen Voraussetzungen existieren dazu grundsätzlich, gesellschaftliche statt individueller Subsistenzproduktion und eine Klasse, das Proletariat, das sich selbst nur durch die Enteignung der EnteignerInnen, durch die Expropriation der PrivateigentümerInnen an Produktionsmitteln befreien kann. Der Kapitalismus selbst verweist als globale Produktionsweise darauf, dass die Lösung des Problems in einer globalen, revolutionären Umwälzung liegt. Für die Umweltbewegung heißt das, dass sie internationalistisch, klassenpolitisch ausgerichtet und antikapitalistisch werden muss.

„Deshalb“ - so enden wir in unserer [Broschüre](#) - *„ist die Lösung der ökologischen Frage aufs Engste mit der Überwindung des Kapitalismus verbunden. Die Schaffung einer Perspektive für eine sozialistische Gesellschaftsordnung, die in der Lage ist, diese grundlegenden Widersprüche zwischen der menschlichen Ökonomie und den natürlichen Bedingungen zu überwinden, bei gleichzeitiger*

*Befriedigung der materiellen und immateriellen Bedürfnisse aller Menschen, ist die zentrale Herausforderung für RevolutionärInnen im 21. Jahrhundert.“*

---

# **Kühnert: Mit dem Juso-Chef BMW enteignen?**

*Tobi Hansen, Neue Internationale 238, Juni 2019*

Noch vor wenigen Wochen hatte der Vorstoß des Juso-Chefs Kühnert für eine gewisse Irritation in der bürgerlichen Landschaft gesorgt. Nach dem jüngsten Wahldebakel scheint man wieder beruhigt, dass der „Linke“ mit der SPD untergeht, der Vorstoß also nicht so ernst zu nehmen sei.

Während der Abstimmung über die Große Koalition hatte Kühnert in der SPD zumindest für die Ablehnung mobilisiert, sich allein dadurch schon „links“ hervorgetan. Dass er aber auch über eine mögliche Enteignung von BMW spekulierte, war nicht unbedingt zu erwarten.

Aber der Reihe nach. Schon das Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ sorgte für relativ viel Aufregung in der bürgerlichen Klasse und deren Parteien. Die Initiative, Miethaie zu enteignen und MieterInnen vor Abzocke, Verdrängung und Spekulation zu schützen, erfährt schließlich relativ offene Sympathie, sogar in einigen bürgerlichen Medien. Das Thema Enteignung wird wieder öffentlich diskutiert und die dementsprechenden Paragraphen aus Landesverfassungen und dem Grundgesetz werden ausgegraben.

Auch die Berliner Jusos unterstützen das Volksbegehren und gehen damit auf Konfrontation mit dem Regierenden Bürgermeister Müller, welcher Enteignungen entschieden ablehnt.

Dass die FDP eine Änderung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen fordert, um Enteignungen von KapitalistInnen auszuschließen, und die Unternehmensverbände in heller Aufruhr sind, zeigt, dass die Bourgeoisie an ihrem „wunden“ Punkt getroffen wurde, nämlich beim Privateigentum. So steht es um das Nervenkostüm der besitzenden Klasse, sobald die Quelle ihrer Bereicherung, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, auch nur ein Stück weit in Frage steht.

Alles in allem war es nicht sonderlich ungewöhnlich, dass ein Juso-Vorsitzender mal „links“ ausholt und sich im Interview für die Interessen von MieterInnen und nicht von Wohnkonzernen ausspricht. Bei BMW wurde es deutlicher und gewissermaßen „gefährlicher“. Kühnert wollte, dass die ArbeiterInnen bei BMW entscheiden sollen, was produziert wird, dass BMW auch enteignet werden und in die Hände der ArbeiterInnen übergehen kann.

## **Betriebsrat gegen jede Enteignung**

Interessant war, wer aus dem „eigenen Lager“ als erstes gegen Kühnert ausholte. Dass die bürgerlichen Medien und Politik schon die SED in der SPD wiederauferstanden sahen, war klar. Dass der Seeheimer-Kreis-Sprecher Kahrs dem Juso-Vorsitzenden den Konsum illegaler Drogen unterstellte („Was hat der denn geraucht, war bestimmt nicht legal“), war bei diesem rechten Flügel der SPD-Bundestagsfraktion zu ahnen.

Spannender war der Auftritt des BMW-Betriebsratsvorsitzenden

Schoch. Dieser stellte fest, dass die SPD nun keine Option mehr für die BMW-Beschäftigten wäre. So tolle Arbeitsplätze wie beim bayrischen Autokonzern

gäbe es fast nirgends. Die SPD sollte erst mal die Wirtschaft verstehen, bevor sie darüber rede. Da haben wir viel gelernt vom und über den IGM-Betriebsrat. Wenn die Wirtschaft gut funktioniert und die BesitzerInnen gut verdienen, geht es anscheinend auch den Beschäftigten gut. Schochs Äußerung stellt freilich keinen Ausrutscher dar. Er denkt gewissermaßen nur die Sozialpartnerschaft zu Ende, frei nach dem Motto, wenn es dem/r HerrIn (dem/r EigentümerIn) gut geht, bleibt auch für den Knecht/die Magd (die Lohnabhängigen) mehr übrig.

Nun wussten auch alle Medien, als Juso-Vorsitzender muss man mal „richtig“ links sein können. Sicherlich hatte er mit der Kampagne „NoGroko“ für den Seeheimer Kreis, Gabriel und Co. schon genügend, wenn auch konsequenzlose

Opposition gezeigt. Dass er nun noch politische Forderungen aufstellte, war dann für einige doch zu viel. Die Medien erinnerten uns daran, dass alle Juso-Vorsitzenden der letzten 30-40 Jahre schon mal „marxistisch“ daherkamen. Als wenn die ArbeiterInnen tatsächlich von Kühnert erwarten würden, dass dieser Firmen enteignet! Aber im Zug der Debatte um das Berliner Volksbegehren war die

Enteignung für bundesdeutsche Verhältnisse erstaunlich oft in aller Munde und hätte die Möglichkeit geliefert, diese Debatte als Vorlage zu benutzen.

Umso bescheidener war die Reaktion der Linkspartei. Deren Vorsitzende Kipping verteidigte den Juso-Vorsitzenden zwar im Protesthagel seiner eigenen Partei. Ihrer Ansicht nach wäre das ein Zeichen für einen gesellschaftlichen Gesinnungswandel. Doch der Vorschlag Kühnerts, dass jede/r nur eine eigene Wohnung haben sollte, ging Kipping dann doch zu weit. Sie hofft weiterhin auf anständige VermieterInnen. Diese Hoffnung wurde in Westdeutschland lange Zeit „soziale Marktwirtschaft“ genannt und – hoppla! – schon ist Kipping bei Wagenknecht gelandet. Wichtiger als die schützenden Worte für Kühnert war freilich, dass sogar DGB-Chef Hoffmann dessen Gedanken lobte und seinen Kollegen Schoch auf



die Satzung der IGM hinwies. Dort wird wie auch bei Sonntagsreden anderer GewerkschaftsfunktionärInnen eine Vergesellschaftung von Großbetrieben zumindest in Betracht gezogen.

## **Perspektive Enteignung**

Dabei müssten sich gerade die Gewerkschaften angesichts einer möglichen Wirtschaftskrise Gedanken machen, wie mit Betrieben und Konzernen umzugehen ist, die geschlossen werden und Massen in die Arbeitslosigkeit schicken. Ohne Kampf für die entschädigungslose Enteignung und

Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle wird es nicht möglich sein, die Angriffe zu stoppen. Dazu reichen freilich keine Lippenbekenntnisse wie von Kühnert - dazu braucht es Klassenkampf, Betriebsbesetzungen und Massenstreiks.

Dazu hat der Juso-Chef bezeichnenderweise nichts gesagt.

---

**Deutsche Wohnen, Vonovia & Co.:  
Enteignung - ja klar!  
Entschädigung - nein danke!**

*Martin Suchanek, Neue Internationale 236, April 2019*

Die Berliner Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ hat schon jetzt wie eine Bombe eingeschlagen. Noch bevor die erste Unterschrift gesammelt ist, bringen sich alle Kräfte des politischen und

wirtschaftlichen Establishments in Stellung.

Die Forderung nach Enteignung oder Vergesellschaftung aller gewinnorientierten Konzerne, die in der Stadt über mehr als 3.000 Wohnungen verfügen, ruft die VerteidigerInnen des Privateigentums auf den Plan. Dass es Wohnungsnot und eine massive Steigerung der Mietpreise in Berlin und anderen städtischen Ballungsgebieten gibt, bestreiten zwar auch die KritikerInnen der Initiative nicht. Doch drohende Eingriffe in das Privateigentum oder gar die Enteignung ganzer Unternehmen - beides rein juristisch betrachtet sogar nach Grundgesetz und Berliner Landesverfassung zulässig - werden von CDU, FDP und AfD mit allen möglichen „Argumenten“ madig gemacht.

## **Markt statt Enteignung?**

So wittert der FDP-Politiker Sebastian Czaja in der „Verzögerung und Verhinderung innerstädtischer Verdichtung“ eine Hauptursache der Berliner Probleme. Es müsse eben mehr und höher hinaus gebaut werden, so der weise Ratschlag. Dann würden, wenn dereinst das Angebot die Nachfrage übersteigt, die Mieten wieder sinken. Schön für alle, die es solange schaffen, bei rasant steigenden Wohnungskosten nicht in die Außenbezirke umsiedeln zu müssen.

Die Wohnungsnot müsse, wie von einem treuen Anhänger des freien Marktes nicht anders zu erwarten, mit noch mehr Markt überwunden werden.

So gelte es, „den Weg zu Wohneigentum durch Senkung der Grunderwerbssteuer fördern.“ Die GroßinvestorInnen sagen herzlich Danke.

Ähnlich Burkard Dregger von der CDU: „Gegen Wohnungsnot helfen nur gemeinsame Anstrengungen, auch der Baugenossenschaften und

privaten

Wohnungsbaugesellschaften.“ Für den Mann ist nicht nur die Enteignung Teufelszeug, sondern selbst der Rückkauf privatisierter Wohnungen oder Wohnungsbaugesellschaften, wie von der Berliner SPD favorisiert. Schließlich soll lt. FDP und CDU wie auch der gesamten Immobilienbranche am Ende eben mehr und nicht weniger privatisiert werden. Die hohe Miete sichert schließlich die Rendite.

Im kapitalistischen Chor darf schließlich auch die AfD nicht fehlen. Deren Abgeordneter Harald Laatsch weiß schließlich: „Für Mieter ist es weitgehend unerheblich, wer Eigentümer ihrer Wohnung ist.“ Dafür würden „Wohlstand und Altersversorgung durch Eigentumbildung verbessert werden.“ Stimmt - wenn auch nur für die AktionärInnen der Wohnungskonzerne, denen er beherzt beispringt:

„Nun erleben wir die Wiederkehr des sozialistischen Gedankens. Linke Parteien und Aktivisten wollen ein neues Experiment auf Kosten der Allgemeinheit.“

## **Privatisierung ruiniert MieterInnen**

Dabei wollen offen bürgerlichen Parteien vor allem eins: die Fortsetzung eines „Experiments“, dessen Kosten für die Allgemeinheit längst bekannt sind.

Die Privatisierung im Wohnungssektor hat hunderttausende MieterInnen spekulativen Wohnungsbaukapitalien ausgesetzt, die auf eine schnelle Rendite setzen. Die Deutsche Wohnen (DW) hat es in Berlin zur Marktführerin auf diesem Gebiet gebracht. Mehr als 100.000 Wohnungen

befinden

sich in ihrer Hand. Steigende Mieteinnahmen – bei der DW im Jahr 2018 bundesweit 3,4 %, in Berlin sogar 3,6 % – tragen maßgeblich zur Gewinnsteigerung bei. 2018 konnte der Konzern den operativen Gewinn auf 480 Millionen Euro steigern, was einer Zunahme von 11 Prozent gegenüber 2017 entspricht. Und das soll längst nicht das Ende der Fahnenstange sein.

Die Rendite für wenige entspricht den Mietpreiserhöhungen für viele. In Berlin wurden zwischen 1995 und 2006 über 200.000 kommunale Wohnungen privatisiert (davon rund die Hälfte unter dem rot-roten Senat). Die Angebotsmiete stieg zwischen 2008 und 2015 um durchschnittlich 60 %, in Ortslagen wie Neukölln und Kreuzberg um 100 %!

Geht es nach der bürgerlichen Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus, soll noch Öl ins Feuer gegossen und die private Wohnungsspekulation weiter angeheizt werden.

## **Und der Senat?**

Der einzig richtige Vorwurf dieser HalsabschneiderInnen an den Senat und die Regierungsparteien besteht darin, dass diese selbst keine Antwort auf die Wohnungsnot haben. Kein Wunder, denn der Senat laviert zwischen den berechtigten Forderungen der MieterInnen einerseits und dem Druck des Kapitals andererseits. Ersteren wird eine Nachbesserung der Mietpreislösung, ein Rückkauf der privatisierten Wohnungen und ein Wohnungsbauprogramm, vor allem der Neubau von Sozialwohnungen, versprochen. Doch all das gleicht einem Flickwerk, das hinter den eigentlichen Anforderungen ständig zurückbleibt.

Schließlich will es sich der Senat, vor allem SPD und Grüne, mit der Bauwirtschaft, den Wohnungskonzernen und dem Finanzkapital nicht

verscherzen. Wie leicht, schnell und willfährig die Berliner Koalition vor diesem Druck einknickt, verdeutlichte gleich am Beginn ihrer Amtsperiode die Verleumdungskampagne gegen den linken Staatssekretär Andrej Holm, der innerhalb weniger Wochen von „seiner“ Regierung bereitwillig geopfert wurde.

## **Zum richtigen Zeitpunkt**

Vor diesem Hintergrund wird der Erfolg von „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ verständlich. Die Initiative kam zum richtigen Zeitpunkt. Hunderttausende MieterInnen wissen, dass es leider doch einen Unterschied macht, ob man bei einem profitorientierten Wohnungskapital oder bei einer kommunalen Wohnungsgesellschaft wohnt - z. B. wenn sie den/die längst eingesparte/n HausmeisterIn suchen oder bei einer dringend notwendigen Reparatur tagelang vom Callcenter vertröstet werden.

Mittlerweile haben sich zahlreiche MieterInnenkomitees in Häusern privater Konzerne gebildet oder Vollversammlungen ihre Unterstützung für „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ erklärt. Die Initiative hat schon jetzt, vor Beginn der eigentlichen Unterschriftensammlungen für einen Volksentscheid eine reale Massenbasis aufgebaut - und ein weiterer Zustrom ist abzusehen.

Dies ist auch der Grund, warum die SPD nun in der Wohnungsfrage etwas linker blinkt und auf Rückkauf privatisierter Wohnungsgesellschaften als Alternative zur Enteignung setzt. Die Grünen stehen dem Volksbegehren, das schließlich in einen Volksentscheid münden soll, positiver entgegen. Die Linkspartei hat auf ihrem letzten Landesparteitag die Unterstützung von „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ beschlossen und präsentiert die Initiative fast schon als ihre eigene Idee - nicht zuletzt auch, um von ihrer eigenen unrühmlichen Vergangenheit bei der Privatisierung zehntausender Wohnungen abzulenken.

Unabhängig davon sollte die Initiative von allen Linken, Anti-KapitalistInnen und RevolutionärInnen unterstützt werden – nicht nur durch das Sammeln von Unterschriften, sondern auch durch das Aufbauen von MieterInnenkomitees und demokratischen Basisstrukturen der Kampagne.

## **Pferdefüße**

Das darf jedoch nicht über mehrere politische Schwächen und Pferdefüße der Initiative hinwegtäuschen, die offen diskutiert und gelöst werden müssen. Wir schlagen dazu eine Berliner Aktionskonferenz vor, die nicht nur unten angesprochene Fragen besprechen, sondern dazu auch verbindliche Beschlüsse fassen soll.

Die Frage der Beschränkung der Enteignungsforderung auf Konzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen

Wie auch alle Beteiligten an der Initiative zugeben, ist diese Höhe letztlich willkürlich. Im Grunde sollte es darum gehen, alle Konzerne, die private Wohnungen zu Bereicherungszwecken, also als Wohnungskapital nutzen, zu enteignen. Deren ganzes Geschäftsmodell beruht darauf, rasch Rendite zu machen und die Interessen ihrer AktionärInnen zu befriedigen. Ein solches Modell ist nur machbar durch eine stetige Steigerung der Mieten, mit jeder auch nur beschränkt „sozialen“ Wohnungspolitik ist es letztlich unvereinbar

## **Die Höhe der Entschädigung**

Die Instrumente Volksbegehren und Volksentscheid sind selbst in einen recht engen gesetzlichen Rahmen gezwängt – erst recht, wenn es dabei um finanzielle Fragen geht, die den Haushalt oder das in der bürgerlichen

Gesellschaft höchste aller Rechte, das Eigentumsrecht betreffen. Daher sind Enteignungen großer Unternehmen selbst gegen Entschädigung so selten. (Anders ist das natürlich, wenn es sich um die Entschädigung von Kleineigentum im Interesse des „Gemeinwohls“ handelt, als z. B. die Unternehmen der ehemaligen DDR via Treuhand v. a. an das deutsche Großkapital übergeben wurden).

Die Initiative sieht sich nun mit dem Problem konfrontiert, dass eine entschädigungslose Enteignung wenigstens rechtlich umstritten ist und leicht den Vorwand liefern kann, das Volksbegehren zu stoppen.

Daher findet dort eine Diskussion über die Höhe einer möglichen Entschädigung statt. Der Senat und die Immobilienwirtschaft haben ihrerseits erkannt, dass in diese Frage eine Chance besteht, die Enteignungsforderung in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren.

Eine „amtliche Kostenschätzung“ des Berliner Senates geht davon aus, dass die Enteignung von DW & Co. zwischen 28,8 und 36 Milliarden Euro kosten würde. Dem liegt der aktuelle Marktwert zugrunde.

SprecherInnen des Bündnisses halten dagegen, dass dies ein weit überhöhter Preis wäre, weil die Spekulation selbst den Marktwert gesteigert habe. Damit ließe DW sich ihre überhöhten Mieten im Falle einer Enteignung gewissermaßen noch einmal auszahlen. Aber auch andere „gerechtere“ Modelle gehen noch von 7,3 bis 13,7 Milliarden Euro aus.

Die Zahlen von 28–36 Milliarden wurden zweifellos bewusst und als Steilvorlage für die Berliner Immobilienlobby lanciert, die diese auch freudig aufgreift.

So erklärt der Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU): „Die Kosten würden einen gesamten Jahreshaushalt übersteigen und wären mehr als das Sechsfache der bisherigen BER-Baukosten.“ Ein solches Desaster müsse verhindert werden, indem EigentümerInnen EigentümerInnen bleiben.

In jedem Fall wird aber deutlich: Die Milliardensummen müssten aus dem Berliner Haushalt, der jährlich rund 29 Milliarden beträgt, also aus Steuern und das heißt vor allem aus denen von Lohnabhängigen bezahlt werden. So soll ein politischer Spaltkeil zwischen Initiative und ArbeiterInnen getrieben werden.

Zum anderen werden die Entschädigungshöhen in jedem Fall dazu führen, dass es zu einer Klagewelle kommt. Die „Schuldenbremse“ wird bemüht werden, um einen etwaig erfolgreichen Volksentscheid für illegal zu erklären.

Schließlich wird der Druck dazu genutzt werden, im Abgeordnetenhaus ein Enteignungsgesetz zu verwässern und auf die lange Bank zu schieben, denn der Volksentscheid bedeutet selbst bei einer überwältigenden Mehrheit noch lange nicht, dass er auch umgesetzt werden muss, da er das Abgeordnetenhaus nur zur Formulierung eines Gesetzes verpflichtet, nicht jedoch dessen konkreten Inhalt festschreibt.

## **Enteignung - ja, Entschädigung nein!**

Unserer Meinung nach kann dieses Problem nur gelöst werden, indem wir eine Entschädigung kategorisch ablehnen. Allenfalls kann, um rechtlichen Vorgaben zur Durchführung der Volksbegehrens und später des



Volksentscheids Genüge zu tun, eine rein symbolische Entschädigung von einem Euro versprochen werden.

Der Grundsatz sollte jedoch klar sein: Die Kapitale, die sich ohnedies schon an den MieterInnen bereichert haben, sollen nicht aufgekauft, sondern ihre Wohnungen entschädigungslos enteignet und unter Kontrolle von MieterInnenkomitees kommunal verwaltet werden.

Damit würden wir erstens eine politische Flanke schließen. Es wäre unmöglich, die MieterInnen gegen lohnabhängige SteuerzahlerInnen auszuspielen. Es wäre – gewissermaßen als Nebeneffekt – auch unmöglich, die Enteignung mit dem Hinweis auf deren hohe Kosten für den Haushalt in Frage zu stellen.

Politisch würde also die Initiative klarer argumentieren können.

## **Plan B notwendig**

Zum anderen kann natürlich niemand bestreiten, dass die Weigerung, eine „angemessene“ Entschädigung an die Immobilienhaie zu zahlen, zu einer rechtlichen Auseinandersetzung um die Legalität eines Volksentscheides führen kann.

Aber zu einer solchen Auseinandersetzung wird es wahrscheinlich ohnedies kommen. Es wäre doch recht verwunderlich, wenn DW, Vonovia & Co. eine Enteignung in Berlin zuließen, ohne die Gerichte anzurufen und notfalls jahrelang dagegen zu prozessieren.

Hinzu kommt, dass es nur einen Zusammenbruch bzw. eine Abwahl des gegenwärtigen Senats und andere parlamentarische Mehrheiten braucht

- und schon wäre jede legale Umsetzung wahrscheinlich auf parlamentarischer Ebene gekippt oder zumindest in Frage gestellt.

In jedem Fall müssen wir damit rechnen, dass eine „einfache“, legale Enteignung der großen Unternehmen nicht einfach aufgrund des

Drucks hunderttausender Unterschriften stattfinden wird. So „legal“ und „verfassungskonform“ kann die Initiative nicht sein, weil die Frage letztlich keine rechtliche, sondern eine des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen ist - und daher auch nur mittels Mobilisierung von Klassenkräften gelöst werden kann.

Daher tut die Initiative gut daran, sich strategisch und taktisch folgendermaßen zu orientieren: Das Volksbegehren für den späteren Volksentscheid, also das Sammeln der Unterschriften zum Erreichen dieser zweiten Stufe sollte vor allem als politisches Mobilisierungsinstrument und Mittel zur Sammlung und Organisierung von UnterstützerInnen begriffen werden.

Entscheidend ist jedoch, dass damit eine Bewegung aufgebaut wird, die (a) die Komitees zum Sammeln von Unterschriften, MieterInnenkomitees, Vollversammlungen usw. als Kampfinstrumente für weitergehende Aktionen versteht

(z. B. Massenproteste der MieterInnen, Besetzungen von Büros der DW ..., organisierten Mietenboykott) und (b) sich über Unterzeichnungskampagnen in den

Betrieben, Gewerkschaften, Büros, Unis, Schulen zu verbreitern sucht. Letztlich geht es darum, die Mietenfrage auch in gewerkschaftliche und betriebliche Auseinandersetzungen zu tragen - z. B. indem Mietsteigerungen durch angemessene zusätzliche Lohnerhöhungen kompensiert werden und letztlich, indem

die Forderung nach entschädigungsloser Enteignung auch mittels politischer

Streiks

stark gemacht und ihre Einlösung erzwungen wird.

Auf diese Art könnte die Initiative ihr volles Potential im Kampf für ein radikales, Wohnungsprogramm entwickeln, das den Kampf gegen Mietwucher und Wohnungsnot mit dem gegen das kapitalistische System verbindet.

---

# **WS Real Estate KG und Co. enteignen! Bezahlbarer Wohnraum für alle!**

Flugblatt von ArbeiterInnenmacht/Stuttgart, Infomail 1049, 2. April 2019

Die

aktuelle Misere auf dem deutschen Wohnungsmarkt mit rasant steigenden Mieten ist das Resultat des stetigen Abbaus sozialer Förderprogramme bei gleichzeitiger Privatisierung. Bundesweit wurde 1990 die Wohnungsgemeinnützigkeit ersatzlos abgeschafft, die Wohnungsbauförderung 2001 faktisch beendet und 2006 die Zuständigkeit dafür an die Bundesländer delegiert.

Allein

zwischen 1995 und 2010 wurden mehr als 1 Million öffentlicher Wohnungen privatisiert.

Auch heute noch fallen jedes Jahr durchschnittlich 130.000 günstige Mietwohnungen weg.

Die ImmobilienspekulantInnen wie „WS Real Estate KG“, welche die EigentümerInnen des vor kurzem geräumten Hauses in der Forststraße 140 sind, oder auch die Vonovia SE aus Bochum, einer der bundesweit größten Immobilienkonzerne, machen Rekordgewinne - auf unsere Kosten.

Die Zahl der Wohnungslosen hat sich innerhalb der letzten 10 Jahre von 200.000 auf 1,2 Millionen versechsfacht. Der Grund hierfür sind die in den letzten Jahren extrem gestiegenen Mieten. So haben sie sich z. B. in München die Mieten um 50 % erhöht. Im Schnitt kostet der Quadratmeter 17 Euro! Für Stuttgart kann man von ähnlichen Zahlen ausgehen, so kostet hier der Quadratmeter im Schnitt etwa 12,69 Euro (Stand: Ende März 2019).

Das bedeutet eine Verdrängung von Gering- und NormalverdienerInnen in die Vorstädte, ein allmähliches Absterben der städtischen Vielfalt und Kultur. Die Filetgrundstücke luxussanierter Wohnungen teilen InvestorInnen, Hedgefonds und Immobilienverwaltungen untereinander auf, um sie einer kleinen, finanzkräftigeren Klientel als den bisherigen BewohnerInnen anzubieten.

Bürgerliche Wohnungs- und Bodenreformpolitik richtet sich lediglich gegen „spekulative Auswüchse“, also nicht gegen das private Grundeigentum. Unions-Parteien, FDP und AfD springen den ProfiteurInnen der Wohnungsmisere bei und fordern noch mehr Privatisierung und einen noch „freieren“ Markt. Die SPD „bremst“ mit

leeren Worten und halbherzigen Maßnahmen, die wie die sog. Mietpreisbremse noch zusätzlich verwässert werden.

## **Symptome oder Ursachen bekämpfen?**

Der

Wohnungssektor ist Teil des kapitalistischen Gesamtsystems. Der Kampf der MieterInnen

muss daher als Klassenkampf geführt werden. Hausbesetzungen, welche den Leerstand aufzeigen, können dabei ein Mittel gegen Wohnungs- und Mietspekulation sein. Allerdings stoßen sie rasch an ihre Grenzen, wenn diese Kämpfe isoliert von der Klasse stattfinden.

Daher ist es wichtig, die Gewerkschaften und andere Organisationen, die sich auf die ArbeiterInnenklasse beziehen, in diesen Kampf einzubinden. Wir können uns nicht mit der Besetzung und Beschlagnahme vorhandenen Wohnraums sowie einer Mietpreisbremse begnügen, sondern schlagen auch ein Programm öffentlicher Wohnungsbau- und Sanierungsmaßnahmen vor, wo die Beschäftigten zu Tariflöhnen bezahlt und die aus Unternehmerprofiten finanziert werden:

- Der Staat soll selbst sozialen Wohnungsbau betreiben, nicht das private Wohnungskapital subventionieren! Die Immobilienwirtschaft und WohnungsbauspekulantInnen müssen entschädigungslos enteignet werden
- Kommunalisierung des Grund und Bodens! Baubetrieb in kommunale Hand für Neubau und Altbausanierung!
- Bezahlung des Wohnbaus und von Sanierungen im Interesse der

MieterInnen durch das beschlagnahmte Vermögen des Wohnungs- und Baukapitals und eine progressive Besteuerung der Profite!

- Kontrolle der Wohnungsbaugesellschaften, Verwaltungen und der Mietpreise durch die MieterInnen, deren VertreterInnen und MieterInnengemeinschaften, begleitet von ArbeiterInnenkontrolle über das Wohnungsbauwesen!

---

# **Von Wut zu Widerstand - Erfolgreiche Hausbesetzung im Stuttgarter Westen**

*Martin Eickhoff, Infomail 1047, 18. März 2019*

Fast 4500 Stuttgarter Haushalte stehen auf der Warteliste für eine Sozialwohnung - so viele wie noch nie und dreimal so viele wie 2007. Selbst nach Schätzungen der Stadt befinden sich rund 3000 Wohnungen im Leerstand.

Gegen diese Missstände fand vor knapp einer Woche eine große Demonstration im Stuttgarter Westen statt. Nach dieser zogen einzelne DemoteilnehmerInnen weiter und besetzten ein Mehrfamilienhaus in der Forststraße 140. Das dreistöckige Backsteinhaus steht seit vielen Jahren, in einzelnen Wohnungen seit über 10 Jahre komplett leer, was Zeitungen mit DM-Preisangabe belegten, die aus

den Briefkästen rausguckten. In Angesicht der bevorstehenden Kommunalwahlen und aus Angst vor Ausschreitungen vermeintlicher „LinksextremistInnen“ hielten sich bislang die Bullen und auch die PolitikerInnen im Stuttgarter Gemeinderat mit Kritik zurück.

Unklar bleibt auch, warum die Stadt sich nicht auf das seit 2016 bestehende sogenannte Zweckentfremdungsverbot bezieht? Sie könnte, wenn sie sich trauen würde, Bußgelder verhängen, wenn Eigentümer Wohnungen länger als ein halbes Jahr leer stehen lassen. Doch offensichtlich hat die Stadt mehr Hemmungen, sich mit Immobilienhaien anzulegen als mit verzweifelt Wohnraum suchenden MieterInnen. Sogar eine Enteignung „zum Wohle der Allgemeinheit“ wäre zulässig, hier würde ein Blick in das sonst immer hochgehaltene Grundgesetz helfen.

Die HausbesetzerInnen machten jedoch auch deutlich, dass die Besetzung keinen symbolischen Charakter hat, sondern von Dauer sein soll, denn diese stellt klare Forderungen, wann die Aktion beendet würde. Darunter zählen unter anderem klare Aussagen darüber, wann genau mit der Sanierung des Hauses Forststraße 140 begonnen und wann diese abgeschlossen sein soll. Ebenso wollen sie verbindlich wissen, was „bezahlbarer Wohnraum“ heißen und wie hoch die Quadratmetermiete sein soll. Hierzu soll auf Druck der Stadt ein Gespräch mit dem unbekanntem Besitzer, Oberbürgermeister Kuhn (Grüne) und mit den AktivistInnen auf Willen der Stadt stattfinden. Da sich der Besitzer scheinbar in buchstäblich „in die Hose schießt“, sollen diese jedoch nicht öffentlich sein.

## **Gentrifizierung**

Jedoch kaum tauchen auf einmal BesetzerInnen auf, stehen plötzlich Renovierungen, Sanierungen, Verschönerungen und sogar

Aufstockungsarbeiten unmittelbar bevor. Auch sehr seltsam bleibt, dass plötzlich eine, angeblich seit längerem geplante größere Umbauarbeiten anstehe. Hierfür soll sogar schon eine Baugenehmigung erteilt worden sein, wozu sich das städtische Bauamt bislang noch nicht geäußert hat. Scheinbar sollen schon im April die Handwerker anrücken und es werden sogar für die Menschen bezahlbare Mieten versprochen - was immer das heißen mag, denn in der Stuttgarter Forststraße wurde vor kurzem einer MieterIn eine Mieterhöhung in Höhe von 136 % angekündigt.

An einem Hausfest nahmen auch viele Menschen aus der Nachbarschaft statt. Diese spendeten auch Lebensmittel, Bettdecken, Heizkörper und vieles mehr. Teilweise fanden auch Liederabende schon im besetzten Haus statt. Eine Genosse der Gruppe ArbeiterInnenmacht bot eine kostenlose Sozialberatung für betroffene oder verängstigte Menschen an.

Inzwischen war auch der Stuttgarter Abgeordnete und Bundesvorsitzende der Linken Bernd Riexinger vor Ort, schließlich stehen die Gemeinderats- und Europawahlen stehen vor der Tür. „Diese Besetzung ist meiner Meinung nach legitim und geschieht aus Notwehr der Betroffenen“, erklärte er. Die Stadt Stuttgart sei trotz der immensen Wohnungskrise seit Jahren untätig. Auch wenn er zu Recht der Stadt Untätigkeit vorwar, ist die Frage, was die Partei Die Linke unternommen hat.

Klar ist, dass eine Hausbesetzung, wie jetzt in Stuttgart letztlich „nur“ einen symbolischen Charakter hat und eine breite, in der ArbeiterInnenklasse verankerte Massenbewegung notwendig ist, um Wohnraum für alle Menschen zu erzwingen und im Interesse der Mehrheit der Menschen und gemäß der Nachhaltigkeit umzubauen.



Daher ist die Forderung nach sofortiger und entschädigungsloser Enteignung aller Wohnungsbauunternehmen unter ArbeiterInnenkontrolle von zentraler Bedeutung. Wer die Systemfrage nicht stellt, wird auch die Frage nach Wohnraum nicht lösen können. Der Widerstand darf sich nicht auf Stuttgart oder Berlin begrenzen, sondern muss bundesweit, ja international geführt werden. Um die Ohnmacht des/der Einzelnen zu überwinden, müssen wir uns massenhaft organisieren. Die Stuttgarter Großdemonstration gegen Mieterhöhungen in Stuttgart Immobilienspekulanten und untätigen PolitikerInnen am 6. April soll ein Schritt dazu werden.

---

# **„Ausstieg“ bringt Kohle für Konzerne**

*Janosch Janglo, Infomail 1041, 5. Februar 2019*

Nun

ist es da, das Datum für den geplanten Kohleausstieg. Ganze weitere 20 Jahre also bis 2038 sollen Braunkohlekraftwerke in Deutschland noch weiterlaufen. Erst 2032 will man mal drüber nachdenken, ob es vielleicht auch drei Jahre früher sein könnte. Rechtlich bindend ist der Vorschlag der Kohlekommission, der eindeutig die Handschrift der Kohlelobby trägt und den die IG BCE schon mal als „Grundlage für eine neue Energiewende der Vernunft“ bezeichnet, für keine Regierung. Somit gibt es keinerlei Garantie - weder für den Erhalt der von der Abaggerung bedrohten Dörfer noch für den Hambacher Forst. Was die Kohlekommission aber überaus deutlich in ihrem Vorschlag gemacht hat, ist die Entschädigung der Energiekonzerne für etwaige entgangene Profite durch das vorzeitige Abschalten neuer Kraftwerke, bezahlt aus Steuern der Lohnabhängigen. Die zukünftige

Entschädigung soll sich dabei an der für die schon einmal „für den Klimaschutz“ vom Netz genommenen Braunkohleanlagen orientieren. Damals wurden rund 600 Millionen Euro pro Gigawatt (GW) Leistung bezahlt. Am Netz sind noch Kohlekraftwerke mit über 40 GW. Somit würde sich allein die Entschädigung für die Energiekonzerne auf 24 Mrd. Euro belaufen. Aber das bedeutet noch nicht das finanzielle Ende der Fahnenstange. Hinzukommen soll die dauerhafte Entlastung der energieintensiven Industrie von der EEG-Umlage. Gegenwärtig werden bis 2020 schon rund 2000 unter ihnen davon befreit. Zuletzt betrugen die Entlastungen knapp 300 Millionen Euro pro Jahr.

## **Keine verbindlichen Abschalttermine, keine Sicherheit für Arbeitsplätze**

Die Kohlekraftwerke sollen schrittweise vom Netz genommen werden. Bis 2022 sollen 7 GW vom Netz gehen. Zudem geht das neue Steinkohlekraftwerk Datteln 4 mit 1 GW nicht wie geplant ans Netz. Welche Kraftwerke abgeschaltet werden, gibt die Kommission nicht vor. Auch wie schnell dann nach 2022 die restlichen 33 GW abgeschaltet werden sollen, ist bis 2030 vage. Diese wichtige Entscheidung hat die Kommission verschoben und damit den Kohleausstieg unverbindlich gemacht. Zusammen ist das ein Fünftel der Kraftwerkskapazitäten.

Bleibt die Frage, was mit den gut 18.000 ArbeiterInnen in Kraftwerken und Tagebauen passieren soll? An die betroffenen Kohleregionen im Rheinland und in der Lausitz sollen Strukturhilfen gezahlt werden. Die Gesamtsumme wird sich bis 2040 auf mindestens 40 Milliarden Euro belaufen. Hier soll nach bewährtem Muster neben zahlreichen unsinnigen Verkehrsprojekten wie dem Ausbau von heute z. T. bereits schon vierspurigen Autobahnen oder dem gar bereits begrabenen

A16-Projekt auch die Ansiedlung von Bundesbehörden Teil des Plans sein. Letztere soll in den kommenden zehn Jahren etwa 5.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Wenn sich die Staatsangestellten dann in der ostdeutschen Provinz nicht wohlfühlen, können diese dann auf den ausgebauten Autobahnen oder neuen ICE-Strecken ganz schnell wieder in Richtung Berlin verschwinden. Angeregt wird auch eine Investitionszulage für UnternehmerInnen sowie eine Art „Revierbonus“ für die betroffenen Gebiete. Gemeint sind Planungs- und Bauerleichterungen, also das legale Aushebeln von Sozial- und Umweltstandards, um Infrastrukturprojekte in den Braunkohlerevieren reibungsloser gegen den Widerstand der Bevölkerung vor Ort realisieren zu können. Für MitarbeiterInnen in der Kohleindustrie ab 58 Jahren, die die Zeit bis zum Renteneintritt überbrücken müssen, soll es ein Anpassungsgeld geben sowie einen Ausgleich von Renteneinbußen. Geschätzte Kosten: bis zu 5 Milliarden Euro, die Arbeit„geber“Innen und Staat gemeinsam tragen sollen. Betriebsbedingte Kündigungen sollen ausgeschlossen werden. Für jüngere Arbeit„nehmer“Innen soll es Aus- und Weiterbildung geben, Vermittlung in andere Jobs und Hilfe bei Lohneinbußen.

## **Keine Garantie für Hambacher Forst und stabile Strompreise**

Ungewiss

ist indes die Zukunft des umkämpften Hambacher Forstes. Im Bericht steht lediglich, die Kommission halte es für „wünschenswert“, dass der Hambacher Forst bleibt. Auch die Abbaggerung von Dörfern in den Tagebauen in West und Ost wird nicht gestoppt. Die Kommission bittet (!) die Landesregierungen um einen „Dialog“ mit den Betroffenen zu den Umsiedlungen, „um soziale und wirtschaftliche Härten zu vermeiden“. Wie Zwangsumsiedlungen sozial sein können, bleibt dabei ihr Geheimnis. Gegen dieses Ergebnis gab es dann immerhin eine Gegenstimme von einer Lausitzer Aktivistin gegen

weiteren Braunkohleabbau, die vergeblich Bestandsgarantien für durch den Tagebau bedrohte Orte der Region verlangt hatte. Knackpunkt ist ebenfalls die Frage, wie der Wegfall des Braunkohlestroms zukünftig kompensiert werden soll? Um die Gefahr eines Blackouts aufgrund mangelnder Stromerzeugung zu bannen, sollen umweltfreundlichere Gaskraftwerke schneller genehmigt werden. Zusätzlich soll an dem Ziel, bis 2030 den Anteil der sogenannten erneuerbaren Energien (EE) an der Stromproduktion auf 65 Prozent zu erhöhen, festgehalten werden. Nur weiß keiner, wie das in so kurzer Zeit ohne geeignete Speichertechnologie volkswirtschaftlich sinnvoll gestaltet werden kann. Auch dürfte der Ausbau gerade im Bereich Biogas und Windkraft enorme negative ökologische Auswirkungen haben. Dieser massive Ausbau dürfte auch höhere Strompreise für die VerbraucherInnen zur Folge haben (für die Subventionen). Dies will man durch Reduzierung der Netzgebühren, die für private Haushalte etwa ein Fünftel des Strompreises ausmachen, verhindern. Hier rechnet man mit Kosten von zwei Milliarden Euro pro Jahr. Dass dies am Ende nicht reichen dürfte, deutete indes Bundeswirtschaftsminister Altmaier schon mal an: „Nein, in der Frage, was ändert sich wann, kann Ihnen niemand etwas sagen, weil alleine der Börsenstrompreis Schwankungen unterlegen ist“. So macht der Vorschlag der Kohlekommission deutlich, dass für die entgangenen Profite der Energiekonzerne die ArbeiterInnenklasse zur Kasse gebeten werden soll, die schon für die unsinnige Energiewende tief in die Taschen greifen musste. Der sogenannte „Kohleausstieg“ ohne verbindliche Abschalttermine für die Kraftwerke, zeitlich über Jahrzehnte gestreckt und nur, wenn dauerhaft billige Strompreise für die Industrie gewährleistet sind, wird damit zu einem wahren Goldregen für die internationalen Konzerne.

**Statt Mauschelei mit der Kohlelobby und „grüner**

# Energiewende“

Eckpunkte eines Aktionsprogramms gegen den Klimawandel und für den Erhalt des Lebensstandards der Kraftwerksbeschäftigten!

Angesichts

des ökologischen Desasters und der kompletten Unfähigkeit der herrschenden Klassen inklusive des sogenannten „grünen“ Kapitalismus wird die Forderung nach einer weltweiten, echten Energiewende immer dringender.

Ein

Programm von unmittelbaren und Übergangsforderungen kann freilich nur im Kampf gegen die Profitinteressen von der ArbeiterInnenbewegung im Bündnis mit der Bauern-/Bäuerinnenschaft durchgesetzt werden. Letztlich bedarf eine ökologisch nachhaltige, an den Bedürfnissen von Mensch und Natur ausgerichtete Planwirtschaft einer globalen, sozialistischen Umwälzung. Das bedeutet jedoch nicht, dass Kämpfe für Verbesserungen, Maßnahmen auf nationaler Ebene sinnlos sind. Im Gegenteil, diese können und müssen als Schritt zu einer Veränderung des Gesamtsystems verstanden werden. Achsen eines solchen Programms sollten sein:

- Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne und ihrer Netze unter ArbeiterInnenkontrolle!
- Organisierter Ausstieg aus der Stromerzeugung mittels hergebrachter atomarer Kernspaltung und Verbrennung von fossilen Energieträgern! Weiterbeschäftigung der Kraftwerksbeschäftigten zu gleichen Löhnen und Bedingungen!
- Einheitlicher Tarif für alle Beschäftigten in dieser Branche (Kohle, Atom, Windenergie etc.)!
- ArbeiterInnenkontrolle über Betrieb, Planung und Forschung unter

- Hinzuziehung von ExpertInnen, die das Vertrauen der Klasse genießen!
- Offenlegung der Geschäftsgeheimnisse, nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der technischen (Patente...) und damit Aufhebung der Konkurrenz darum!
  - Weg mit den Rezepten des „grünen“ Kapitalismus und dem EEG-Flickwerk (Zertifikate, Ökosteuern, EEG-Umlage, Stromsteuer)! Finanzierung des Kohleausstiegs durch progressive Steuern auf Einkommen, Vermögen und Gewinne statt indirekter Massensteuern !
  - Energiewende heißt: integrierter Plan, der auch Verkehr, Landwirtschaft und Industrie umfasst, nicht nur den Stromsektor!
  - Für ein Forschungsprogramm, bezahlt aus Unternehmensprofiten zur Lösung der EE-Speicherproblematik in Form von Strom und/oder Wärme, mechanischer Energie (z. B. Druckspeicher) bzw. brennbarer Energieträger-
  - Für einen rationalen Verkehrsplan! Ausbau des ÖPNV statt der Sackgasse E-Auto! Güter und Menschen bevorzugt auf die Schiene!
  - Weltweiter Plan zur Reparatur der Umweltschäden und Angleichung der Lebensverhältnisse!
- 

# **Mietenproteste: Immobilienkonzerne enteignen!**

*Lucien Jaros, Neue Internationale 233, November 2018*

Das Bündnis „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ hat nicht weniger als „ein Gesetz zur Überführung von Immobilien sowie Grund und Boden in Gemeineigentum zum Zwecke der Vergesellschaftung nach Art. 15 Grundgesetz“ zum Ziel. Der Berliner Senat soll per Volksentscheid beauftragt werden, ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden.

Die Praxis hat gezeigt, dass weder Mietpreisbremse noch Wohnraumversorgungsgesetz die steigenden Mieten effektiv eindämmen. So

kommt der Senat der Berliner Verfassung nicht nach, ausreichend bezahlbaren Wohnraum (Art. 28) bereitzustellen.

Immobilienfirmen inklusive Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen oder sonstige angeschlossene Unternehmen mit einem Bestand von über 3000 Wohnungen in ihrem Besitz sollen enteignet, in einer Anstalt des öffentlichen Rechts zusammengefasst, unter Verwaltung der MieterInnen, der Angestellten, VertreterInnen der Landesregierung, der Stadtgesellschaft und der anderen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften gestellt und Wohnraum zu unterdurchschnittlichen Mieten angeboten werden. Eigentlich sollten die Unternehmen entschädigungslos enteignet werden. Doch dies würde den Volksentscheid im Voraus rechtlich ungültig machen. Daher hatte sich das Bündnis entschlossen zu fordern, dass die Unternehmen unter Marktwert entschädigt werden sollen. Ausgenommen von dieser Regelung sind Mietobjekte, die bereits unter Kontrolle der MieterInnen stehen oder genossenschaftlich verwaltet werden.

Durch günstigen Wohnraum soll die ortsübliche Vergleichsmiete reduziert und die Preisspirale gemindert werden. Auch soll damit Berlin als Spekulationsobjekt für Immobilienfirmen, InvestorInnen und Banken weniger attraktiv erscheinen. Schließlich war es dieser Umstand, der in der Vergangenheit zu explodierenden Mieten geführt hat.

Erhöhung der Kosten für Miete für Arbeitslosengeld-II-(Hartz-IV)-BezieherInnen, im sozialen Wohnungsbau oder durch öffentlich-private Partnerschaften führt zwangsläufig dazu, dass das Privatkapital durch Steuermittel subventioniert wird. Damit ist Enteignung das einzige Mittel, diese Entwicklung aufzuhalten.

## **Start der Initiative**

Gestartet wurde die Initiative von AktivistInnen vergangener Volksbegehren, MieterInneninitiativen und linken Gruppen. Das Feedback ist groß: VertreterInnen des Bündnisses werden wöchentlich als GastrednerInnen oder ReferentInnen geladen. Die letzte Veranstaltung des Bündnisses am 25. Oktober war mit 140 Leuten übervoll, das Treffen musste per Video-Konferenz in einen weiteren Raum übertragen werden.

Die Initiative stößt auf großen Zuspruch. Bei einer Veranstaltung in Spandau, in

einer der größten Deutsche-Wohnen-Siedlungen im Falkenhagener Feld reagierten die 150 MieterInnen auf die Enteignungsforderung mit minutenlangen stehenden Ovationen! Selbst in konservativen Wohngebieten in Wilmersdorf-Charlottenburg ergaben Umfragen bei CDU-WählerInnen eine mehrheitliche Zustimmung. Unterstützt wird das Bündnis durch politische Gruppen wie die Interventionistische Linke, die SAV, marx21, die Gruppe ArbeiterInnenmacht und Teile der Linkspartei. Sogar einzelne SPD-PolitikerInnen sympathisieren mit der Kampagne. Eine Unterstützung durch Teile der Berliner Grünen, ver.di und den DGB ist wahrscheinlich.

Neben Artikeln beim Tagesspiegel, in der Berliner Zeitung, im Neuen Deutschland und Sendungen im RBB äußern sich langsam auch die politischen GegnerInnen: der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) brandmarkt die Kampagne als „populistische Stimmungsmache“. Sebastian Czaja, Vorsitzender der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus, hält die Enteignungsforderungen für „inflationäre Parolen (...) in Klassenkampf-Manier“. Auch die Berliner AfD lehnt die Enteignung kategorisch ab und sieht darin einen Eingriff in die „Freiheit“.

Die positive Resonanz bei der Masse der MieterInnen auf der einen und die kritische von VertreterInnen bürgerlicher Parteien und Immobilienfirmen auf der anderen Seite zeigen, dass die Enteignungsforderung die Interessen der lohnabhängigen MieterInnen klar zum Ausdruck bringen, durch ihr Potenzial realistisch sind und gerade keine populistische Forderung darstellen, die das Problem mit scheinbaren Heilmitteln umgehen.

2019 wird die erste Stufe der Kampagne gestartet: das Volksbegehren. Benötigt werden zunächst 20.000 Unterschriften. Die Gruppe ArbeiterInnenmacht ruft alle Gruppen und Einzelpersonen dazu auf, diese Bewegung zu unterstützen und bekannter zu machen. Bringt Euch mit Euren Fähigkeiten ins Bündnis oder in den verschiedenen AGen ein! Baut MieterInneninitiativen bei Euch im Kiez auf, um für das Volksbegehren und zukünftige Aktionen zu mobilisieren! Diese Bewegung und die richtige Orientierung auf Enteignung unter eigener Kontrolle könnte nicht nur eine praktische und signifikante Verbesserung der Lebensqualität der EinwohnerInnen darstellen, sondern im Sinne einer Verallgemeinerung dieser Logik in andere gesellschaftliche Lebensbereiche hinein ein Schritt sein, die Stadt im Sinne der BewohnerInnen zu erobern. Eine solche Bewegung könnte, wenn sie stark genug wird, zugleich auch erzwingen,



dass die Enteignung ohne die gesetzlich geforderte Einschränkung, also entschädigungslos erfolgt.

## **Deutsche Wohnen und Co. enteignen**

Nächstes offenes Bündnistreffen

Berlin, 13. November, 19.00 Uhr

Nachbarschaftshaus Urbanstraße 21